



Morgen-Ausgabe.

Vöfener Zeitung.

Neunundsechzigster

Jahrgang.

Donnerstag, 17. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Ar. 118.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Vöfen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 3 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Zwei Kardinäle in Rom.

(Original Korrespondenz der Vöfener Zeitung.)

† Rom, 12 Februar.

Unter diesem Titel veröffentlichte vor einigen Tagen der in Mailand erscheinende „Katholische Beobachter“ einen Artikel, als dessen Verfasser Monsr. Kardi gilt, der nicht nur Hauptmitarbeiter und Oberredakteur der „Bece della Verità“, sondern auch Korrespondent des genannten mailänder Organs, wie des wienener „Volksfreundes“ ist. Das in französischer Sprache in Rom erscheinende kirchliche Blatt „Rome“ druckt den Artikel nach, um allen Kommentaren der liberalen Presse eine Antwort entgegenzusetzen. Diese Kommentare, meint das Blatt, würden kein Ende nehmen, denn der Skandal, die Lüge, die Verleumdung seien die giftige Nahrung, welche die Organe der Revolution ihren Lesern vorsetzen, allein die katholischen Blätter würden die Pflicht nur dann erfüllen, wenn sie die Wahrheit sagten, die volle Wahrheit! Denn es werde ein Tag kommen, wo Gott diese Wahrheit mit dem Glanze seiner Barmherzigkeit krönen und zur Befriedigung und Bückigung der Gottlosen dienen lassen wird.

Die Reugierde, heißt es in dem erwähnten Artikel, welche die Ankunft des Kardinals Fürsten von Hohenlohe in Rom und in Italien erregte, steht in Beziehungen mit dem früheren Leben dieses Kirchenfürsten. Als sämtliche Bischöfe der Christenheit um den Stuhl Petri versammelt waren, um den Stuhl der Lehren Jesu Christi zu vernehmen, erlebte Kardinal von Hohenlohe einen Verrath, der ihn aus's Tiefste betrübte. Einer, jener deutschen Gelehrten, die sich für die wahren Kirchenlichter halten und der Unfehlbarkeit des Papstes im Namen und zum Vortheil ihrer eignen Unfehlbarkeit den Krieg erklären, verlegte das Geheimniß des Konzils und theilte einem gottlosen bairischen Blatte alles mit, was die Väter der Kirche berietben, billigten oder verwarfen. Friedrich war dieser Schultze und sein Name steht neben dem des Verräthers des ersten apostolischen Konzils. (Es scheint demnach, daß selbst nach ultramontaner Auffassung das Konzil eine geheime Verschwörung war, da die Mittheilungen darüber als Verrath gebrandmarkt werden. — Red. d. Vöf. Ztg.) Kardinal Hohenlohe, der ihn als Sekretär angenommen hatte, wurde von „Rome“ bemerkt, Friedrich sei nicht Sekretär, sondern nur Theolog Hohenlohes gewesen; sah sich in geblühiger Weise getraut und im Verein mit dieser schlechten Gesellschaft in aller Munde. Man erging sich in allerlei Kommentaren über diese peinliche Episode und die Kommentare wurden noch ernster als nach dem Aufbruch des Konzils und dem Einzug der italienischen Truppen der Kardinal die Residenz verließ und mit ihr die Funktionen zu denen seine Würde ihn verpflichtete. Der heil. Vater, der mit dem heroischen Muthe der Verteidigung der Kirche eine wahrhaft väterliche Güte verband, hatte dem Kirchenfürsten vielleicht erlaubt, sich von Rom zu entfernen. So dachten die Klügern und die Vernünftigen. (Ann. der Red. des „Rome“). Sie täuschten sich auch nicht; die Stellung des Kardinals war immer eine reguläre. Er blieb stets mit dem Papst und dem Kardinal-Staatssekretär im Briefwechsel. Sein Leben floss unter wohlthätigen Werken dahin; er war von Geistlichen umgeben, führte in seinem Wohnort die barmherzigen Schweigern ein, gründete Schulen und war in Deutschland, wie in Rom das Vorbild aller kirchlichen Tugenden.) Die Verschwörung Arnim's und seine niederträchtige Rolle während der Invasion von 1870 enthüllten die Pläne des neuen Deutschen Reiches gegen das Papstthum und zeigten den Katholiken, daß Bismarck einen Kampf zu unternehmen im Begriffe stand, um die moralische Macht der lateinischen Rasse zu demüthigen, nachdem er ihre Willkürmacht gedemüthigt hatte. Die deutschen Katholiken waren auf ihrer Hut und rüsteten ihre Herzen mit einem Panzer von Gold zu. Was den Kardinal von Hohenlohe betrifft, so empfing er 1872 ein Beglaubigungs-Schreiben, um sich als deutscher Botschafter bei dem Papste, seinem Herrn, nach Rom zu begeben. (Ann. d. Red. des „Rome“). Von sanfter und schlichter Gemüthsart hatte der Kardinal die Botschaft weder angenommen noch abgelehnt. Er hatte es dem Papste überlassen und ihn ersucht, ihm mitzuthellen, ob er. Heiligkeit persona grata sein würde. Abzulehnen wagte er nicht in der Hoffnung, der Kirche nützlich zu sein; ebenso wie er nicht annehmen gewagt hatte, aus Furcht etwas zu thun, was dem obersten Vorgesetzten unangenehm sein könnte. Aus alle diesem geht nur eines hervor: der grobe und unerbittliche Mißgriff des Fürsten Bismarck. Der Kanzler hätte von vornherein das moralische Temperament des Kardinals von Hohenlohe kennen sollen, was ihm ein Räthsel war; er hätte außerdem wissen sollen, daß Niemand weniger als er für die Rolle geeignet war, die er ihn spielen lassen wollte. Die Seele des Kardinals von Hohenlohe ist wesentlich zur Frömmigkeit geneigt; er geht ohne Zweifel bis an die Grenze seines Geistes, aber an dieser Grenze angelangt, wird er starr und unbeugsam; das hauptsächlichste Kennzeichen seines Charakters ist die Gewissenhaftigkeit, und in einem Geiste, der da glaubt, daß er einen göttlichen Auftrag empfangen hat, muß es eigenthümlich dunkel ausfallen. Der Kanzler hätte als Diplomat außerdem wissen sollen, was ein Anfänger in der Diplomatie weiß, daß der Kardinal zur römischen Kirche gehöre, vom Papste einen Gehalt beziehe und daher nicht als Botschafter eines fremden Fürsten beim Papste installiert werden könne. In keinem Falle darf man dem Kardinal Hohenlohe

eine Solidarität mit Herrn v. Bismarck zuschreiben. *) Außer anderen Beweisen führen wir nur den der falschen Bülle über das Konklave an. Was braucht es mehr, um ihn zu verurtheilen.)

Wir wissen nicht, ob dies Beglaubigungsschreiben faktisch in die Hände des Kardinals gelangte, allein Bismarck schrieb an Arnim, daß es bereit läge. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Kardinal 1872 durch Bismarck ebenso getäuscht wurde, wie 1870 durch Friedrich und Döllinger. Arnim, der unwürdige Archädiakel, hätte dem Kardinal die Augen öffnen sollen, wie er sie allen Katholiken geöffnet hatte. In Deutschland hatte die Verfolgung gegen die Kirche bereits ihren Anfang genommen; die Bischöfe hatten die Lösung zur Verteidigung der Rechte des Gewissens gegen die Usurpationen des Staates erhoben. Die Gläubigen scharten sich zusammen, arbeiteten, protestirten, beteten. Zwölf Tage darauf, nachdem Bismarck an Arnim in Betreff der mit dem Kardinal von Hohenlohe vereinbarten Botschaft geschrieben hatte, veröffentlichte er die Note in Bezug auf das Konklave, indem er seinen profanen Fuß auf das Heiligthum der Kirche setzte, um ihre Rechte und ihre Unabhängigkeit zu und womöglich die Geschichte und die Nachfolge abzuschneiden. Der deutsche Reiter hat einen Instinkt für die Gegenpässe und rückt sie von fern wie das Regerschiß die Sklaven. Kardinal von Hohenlohe sah sich also getäuscht, wenn er dachte, daß in der Seele Bismarck's wohne, die Thatsachen vernichteten jede Hoffnung. Es war natürlich, daß sich über die Haltung des Kardinals Hohenlohe die widersprechendsten Gerüchte verbreiteten und es kam noch dazu, daß diese Gerüchte Alles übertrieben: die Liberalen freuten sich, als hätten sie eine Eroberung gemacht, die Katholiken bedauerten den Fehlgriß (!) einer Verhöhnung, welche die höchste Achtung verdiente und die Anderen nahmen an, daß der Kardinal mächtigen Motiven gehorchte.

Was uns betrifft, so haben wir auch nicht ein Wort des Argwohns, sondern nur Gefühle der Verehrung für einen so hoch stehenden Würdenträger der Kirche und beschränken uns auf die Erzählung der Thatsachen. Gott weiß, wie und warum eine so glänzende Stellung wie die seine in dieser Weise zum Vortheil seiner Kirche erhalten wurde. (Ob darin auf einen möglichen Uebergang der päpstlichen Tiara an Kardinal Hohenlohe angespielt wird, lassen wir dahingestellt sein. — Der Korrespondent.)

Ein anderer Kardinal, der hochwürdigste Ledochowski, Erzbischof von Vöfen und Gnesen, wird binnen Kurzem in Rom ankommen, und wir begrüßen ihn mit begeistertster Freude, mit soldatischem Enthusiasmus. Er naht wie ein Feldherr, bekränzt mit den Lorbeeren der Eroberung. Da er die Verfolgung voraus sah, wandte er alle Mittel an, und bot alle seine Kräfte auf, um sie zu beschwören. Er schrieb an den Kaiser, er wendete sich an die Regierung, er sprach zu seinen Diogenen, er ersuchte den Papst und seine Brüder um Rath, allein der Sturm brach los und trug ihn auf das Feld seiner Leiden und seines Ruhmes. Der Papst besuchte ihn in seiner Gefangenschaft und schmückte ihn mit dem Purpur. (Die Redakt. des „Rome“ bemerkt in einer Note, der Erzbischof habe die Nachricht seiner Erhebung zur Kardinalwürde in einem Stück Brot erhalten.) Es war dies eine der bewundernswürdigsten Handlungen des heiligen Stuhles und Pius IX. zeigte sich wieder einmal als der Mann Gottes, als der Mann unserer Zeit. Ein ungeheurer Beifall erhob sich auf der ganzen Erde, überall, wo ein christliches Herz schlägt, und alle Blicke sahen, indem sie sich von dem Gefängnisse in Ostrowo auf den Thron in Berlin und auf den Vatikan richteten, daß das päpstliche Licht siegreich war über die kaiserliche Finsterniß. Auf die Ernennung eines Kardinals zum Botschafter durch Bismarck, antwortete der Papst durch die Erhebung eines Gefangenen zum Kardinal. Es war der schönste, der edelste Protest gegen die des Kanzlers, daß er den Märtyrer ehrte, daß er das Opfer der allgemeinen Verehrung empfahl. Die Begegnung Pius IX. und Ledochowski's in Rom wird eine sehr bedeutsame sein. Wir werden zwei Riesen der schon so reichen katholischen Epöpe, zwei glänzende Vorbilder der Kraft und der Entfagung sich unarmen sehen. Die Italiener bewundern diese, über die ganze Welt verstreuten großen Männer, die unter uns den Mittelpunkt ihrer Energie und die Quelle ihres Ruhmes finden. Gruß und Heil darum dem Fürsten der Kirche, dem hochwürdigsten Ledochowski, dem Märtyrer des Glaubens!

Es schien uns richtig, fügt „Rome“ dem noch hinzu, den Artikel des katholischen Beobachters zu signalisiren. Seine Auslassungen über Se. Eminenz den Fürsten von Hohenlohe sind voller Mäßigung, Klugheit und Ehrerbietung. Wir haben einige Anmerkungen hinzugefügt, zur Hebung gewisser Zweifel, sowie um dem Kardinal unsere Anerkennung darzubringen und ihm Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die liberale Presse hat mit Absicht Zweideutigkeiten geschaffen; es handelte sich für sie darum, die Meinung zu verbreiten, daß Herr von Bismarck ein Vespurgewand der Kirche entzissen habe, um daraus eine Fahne gegen Pius IX. zu machen. Sie hatte es in der That so weit gebracht, den Kardinal von Hohenlohe auf seine eigene Kosten in der feindlichen Welt zu erheben und gewisse Katholiken zu beunruhigen, noch mehr, sie fährt selbst noch gegenwärtig fort, den Kirchenfürsten in einer großen Weise zu beweihräuchern und ihn mit Lobspriichen zu überhäufen. Diese Lobspriiche haben nicht den Nachtheil, als wenn ein Bär mit Pfaffensteinen wirft, sie schaden dem Kardinal nichts, der morgen alle seine heuchlerischen Schmeichler von gestern

*) Mit Rücksicht auf die deutsche Preßgesetzgebung müssen wir die folgende Stelle, welche grobe Beleidigungen für den Fürsten Bismarck enthält, weglassen. — Red. d. Vöfener Ztg.

und heute, gegen sich haben wird; Er soll seinen Ruhm haben, einen Ruhm würdig seiner Tugend, seiner Frömmigkeit, seines Glaubens. Eine Veröhnung zwischen Deutschland und dem heil. Stuhle, der von Seiten Deutschlands eine aufrichtige oder gezwungene Ehrenerklärung vorangehen muß, wird stattfinden. Kardinal von Hohenlohe wird sie vielleicht beschleunigen, und dann soll er seinen Ruhm erhalten und die deutsche und ital. Presse werden ihm Kränze von Schmäuhungen winden, die sich auf seiner Stirne in Lorbeerkränzen verwandeln werden. Was Kardinal Ledochowski betrifft, steht er auf der Höhe der priesterlichen Ehren, seine Lorbeeren sind mit Perlen und Diamanten behangen, sie sind in die Thronen der Christenheit getaucht worden, und er wird den süßesten und stärksten Lohn davontragen, den Lohn sich am Herzen seines glorreichen Meisters aufzurufen, der annoch gefangen ist.

Wir haben diesen Artikel des katholischen Beobachters von Mailand nebst den Handglossen seines römischen Kollegen vollständig wiedergegeben, um den Lesern zu zeigen, wie die kirchliche Presse die zwei Kardinäle, die gegenwärtig die Helden des Tages sind, beurtheilt und thaten dies in der Voraussetzung, daß die Leser sich dabei immer gegenwärtigen, wenn sie vor sich haben und unbefangen genug sein werden um nicht zu wissen, wo man hinaus will. Von Wichtigkeit erscheint uns der Schlußsatz des römischen Blattes, der in der That gespannt macht auf die Dinge, die da kommen sollen. Warten wir die Entwicklung derselben inwischen ruhig ab, bis wir den Kardinal Ledochowski in die Wohnung einziehen sehen, die der Papst in der Canonika, einem Seitengebäude der Peterskirche, das den Domherren derselben zum Aufenthalte dient, für ihn einrichten läßt. Auch eine päpstliche Equipage wird Kardinal Ledochowski auf Befehl Pius IX. zur Verfügung haben.

Gegenüber allerhand beunruhigenden Gerüchten, von denen wir theilweise Notiz genommen haben (vgl. unter Oesterreich in unserer gestrigen Morgennummer) bringt der „Reichs-Anzeiger“ folgenden Berichtungsartikel:

Wir halten für unsere Pflicht, von den wieder beginnenden Verunruhigungen in Alt zu nehmen, wo sie sich zeigen. Aus diesem Grunde geben wir einen Auszug eines Berliner Briefes der „Agence Havas“, in welcher jeder, dem zu irgend einem Zweck eine Botschaft erwünscht ist, ein bereits Werkzeuge zu finden pflegt. Einer Widerlegung bedürfen diese Ausstellungen für das deutsche Publikum nicht, und sei nur bemerkt, daß die Behauptung am Schluß über preussische Agenten in Wien und Ragusa in Betreff der Sache und der Personen völlig erlogen ist. Der „Agence Havas“ wird geschrieben: In den letzten Tagen seien Mobilisirungs- und selbst Kriegsgerichte in Umlauf gewesen. Diefelben würden zum großen Theil auf Nachrede der Börsenspekulation zu setzen sein; indessen schiene das Bureau de la presse denselben nicht ganz fremd zu sein, und es frage sich daher, welchen Zweck man dabei haben könne, sie zu verbreiten. Dem Briefsteller sei gesagt worden, daß gewisse Politiker im Hinblick auf die nächsten Reichstagswahlen eine starke nationale und patriotische Strömung erzeugen wollten, und deshalb das Gespenst des Erbfeindes aufsteigen ließen. In gewissen Kreisen ginge man weiter und fragte sich, ob nicht etwa, um den inneren Schwierigkeiten zu entgehen, eine Diverfion nach Außen gemacht werden solle. Am Schluß heißt es: „Gewiß ist, daß die slavischen Erkundigungs-Bureaus in Ragusa und Wien organisiert worden sind, das erstere durch einen Herrn Lindau, Bruder des deutschen Konfuls in Bayonne, das zweite durch einen Herrn Lebyson, früheren wohlbekannten Korrespondenten der „Römischn Zeitung“ in Paris, beide offizielle Delegirte des Bureau de la presse. Man versichert mich, daß dieser Herr Lebyson, der eben politisch aus Wien ausgewiesen ist, dies Schicksal nur auf Verlangen der russischen Botschaft erlitten haben könne.“

Die Zwangsverpflichtung der Beamten zum Beitritt bei der I. allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt ist zum Gegenstande einer an das Haus der Abgeordneten gerichteten Petition gemacht worden. Der Petent Kreisgerichtsrath Seibler in Worbis hält es mit der wirtschaftlichen Selbstständigkeit der Beamten nicht für vereinbar, daß denselben die Art der Fürsorge für seine Familie vorgeschrieben werde, zumal wenn bei der Verschiedenartigkeit der individuellen Verhältnisse durch Versicherung einer Wittwenpension der gewollte Zweck oft gar nicht, oft in viel geringerem Maße erreicht wird, als dies auf anderem Wege möglich ist. Die in Form einer Brochure verbreitete Petition giebt einen kurzen Abriss der Geschichte der königlichen Wittwenverpflegungsanstalt, welche, eine Schöpfung Friedrich des Großen, am 1. April d. J. auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken kann. Ursprünglich auch für Nichtbeamte zugänglich, wurde sie im Jahre 1831 nur auf Beamte eingeschränkt, weil sie ohne fortwährend steigende Staatszuschüsse nicht bestehen konnte, trotzdem wiederholt eine Erhöhung der Beiträge stattgefunden hatte. Schon im Jahre 1856 wurde im Abgeordnetenhaus ihre Auflösung zum Oktober 1863 in Aussicht genommen, und man berechnete bis zu diesem Termin hin die gesammelten seit ihrer Begründung geleisteten Staatszuschüsse auf über 20 Mill. Thaler. Nach dem Staatshaushalts-Etats haben die Zuschüsse, welche in den letzten Jahren erforderlich waren, alljährlich mehr als 700,000 Thlr. betragen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei dieser Anstalt nicht die Grundsätze einer Versicherungs-Gesellschaft den Ausschlag geben, sondern daß sie im Wesentlichen als eine den Beamten mit namhaften Opfern der Staats-Kasse gewährte Wohltthat zu betrachten ist. Ein großer Theil der Versicherten genießt dadurch Vorteile, die ganz außer Verhältniß zu den eigenen Leistungen stehen, und von diesem Gesichtspunkte aus ist das Recht derselben auf die Mitgliedschaft dieser Anstalt geradezu ein geldwerther Vortheil, welcher ihnen durch die Auflösung derselben verloren gehen würde. Anders liegt die Sache indeß in allen den Fällen, wo die durch lang-

Ährige Zahlung von Beiträgen gestrichene Wittwen-Pension wegen früheren Ablebens der Ehefrau gar nicht zur Zahlung gelangt, die geleisteten Beiträge also nutzlos geleistet sind. Mit der steigenden Entwicklung des Versicherungswesens ist es auch in Beamtenkreisen ganz allgemein in Gebrauch gekommen, neben der meist sehr niedrigen Wittwenpension für die Familie durch Lebensversicherungen zu sorgen und es läßt sich nicht leugnen, daß in einem großen Theile der möglichen Fälle dieser Weg der wirtschaftlich vortheilhaftere ist. Was der Beamte von seinem Gehalte an Beiträgen für eine Lebensversicherung abspart, kommt seiner Familie unter allen Umständen zu Gute, außerdem gewährt die Police dem Versicherten schon bei Lebzeiten einen wichtigen Rückhalt. Aus solchen Erwägungen ist erst vor Kurzem der unterm 29. Oktober v. J. Allerhöchst bestätigte preussische Beamtenverein hervorgegangen, der in Hannover gegründet, zunächst dazu bestimmt ist, an Stelle der geschlossenen Wittwen- und Waisenverpflegungsanstalten in den Provinzen Hannover und Hessen-Nassau zu treten, der indes sämmtlichen preussischen unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten den Beitritt offen hält. Zu verneinen ist allerdings nicht, daß das Interesse, welches der Staat an der Sicherstellung der Beamtenwittwen hat, nach Aufhebung des Versicherungszwanges in geringerem Maße gewahrt sein würde, als gegenwärtig; sobald man indes anerkennen muß, daß der Beamte dadurch gewinnt, so läßt sich nach unseren heutigen Anschauungen der Zwangfügig nicht länger aufrecht erhalten. Allerdings fiele damit auch die Verpflichtung und selbst die Berechtigung des Staates fort, ein Versicherungsgeschäft zu Gunsten einer Minderheit von Beamten fortzuführen, bei welchem er selbst namhafte Summen zusteigt, es läßt sich daher voraussetzen, daß die Auflösung dieser Anstalt früher oder später erfolgen wird. Diese Konsequenz kann uns indes nicht abhalten, bemerkt die „Nat.-Ztg.“, den Vorschlag des Reichstages als sehr beachtenswerth zu erkennen, die Bestimmungen der Kabinettsordre vom 18. Oktober 1800 wiederherzustellen, wonach einem Beamten die Erlaubnis zur Verheirathung auch ohne Beitritt zur Wittwenverpflegungsanstalt gegen einen von beiden Theilen zu unterschreibenden Revers, daß die zurückbleibende Wittwe auf keine Pension Anspruch mache, ertheilt werden darf. Die Postbeamten sind ohnedies schon seit 1871 von dem Versicherungszwange befreit, und abgesehen von allem Anderen muß man schließlich doch auch den Gesichtspunkt in Betracht ziehen, daß das Zwangsmittel selbst, die Versagung des Heirathskonsenses, den heutigen Anschauungen wenig entspricht.

Deutschland.

△ Berlin, 15. Februar. Die Minister des Innern, des Kultus und der landwirthschaftlichen Angelegenheiten haben einen Zirkular-Erlaß an die Oberpräsidenten sämmtlicher Provinzen erlassen, welcher die Gründung ländlicher Fortbildungsschulen anregt. Danach sollen besonders die Kreisverbände zur Erwägung und Förderung dieser für das Wohl der ländlichen Bevölkerung so wichtigen Angelegenheit herangezogen werden. Dem Zirkular Erlaß sind allgemeine Grundzüge für die Errichtung der Fortbildungs-Anstalten selbst beigelegt. — Der bisherige Regierungs-Präsident Freiherr von Hardenberg in Cassel hat bekanntlich nach der Neubekleidung des Oberpräsidiums daselbst seinen Abschied erbeten, inzwischen aber die Vertretung des Oberpräsidenten fortgeführt. Die Entlassung aus dem Staatsdienste ist jetzt unter Verleihung des Kronen-Ordens II. Klasse mit dem Stern erfolgt. Herr von Hardenberg war bekanntlich im Jahre 1866, bis wohin er als Landrath eines sächsischen Kreises fungirte, bei der Okkupation von Hannover dem militärischen Oberbefehlshaber als Zivil-Kommissar beigegeben. Er führte dann unter dem

späteren General-Gouverneur von Hannover die Zivilverwaltung fort. Als bei der definitiven Organisation der Provinz Hannover die Leitung der Verwaltung auf den Oberpräsidenten überging, kam Herr von Hardenberg als Vice-Präsident nach Cassel und auf diesem Posten wurde ihm später der Charakter als Präsident verliehen. Daß er sich in seinem Wirkungskreise lebhaftes Sympathien erworben, dafür spricht die Thatfache, daß von Seiten eines großen Theils der Kommunalstände an den König das Gesuch gerichtet worden, Herrn von Hardenberg die erledigte Oberpräsidentenstelle zu verleihen. Wenn diesem Gesuche auch nicht Folge gegeben werden konnte, so legt doch die Art der Entlassung dafür Zeugnis ab, daß die Verdienste des Herrn von Hardenberg auch von Seiten der Regierung die gebührende Anerkennung gefunden haben.

△ Berlin, 15. Februar. Sie erinnern sich wohl der in den Budgetverhandlungen des Reichstages angeführten der Steuervorlagen wiederholt und lebhaft aufgeworfenen Fragen, was mit den noch aus der französischen Kriegskonttribution vorhandenen überflüssigen Millionen werden sollte? Darauf sind theils aus der Initiative des Reichstages Verfügungen getroffen worden, theils Vorschläge vom Bundesrath gemacht worden. Ganz erschöpft ist aber das Thema auch jetzt noch nicht. Abgesehen von dem neuen Kasernenbaufonds, über dessen Stiftung man im Bundesrath jetzt endlich die durch vorübergehende Belegung von Kontributionsgeldern aufgelaufenen Zinsen auf die verschiedenen Vertheilungsmassen von engeren und weiteren Staaten gemeinschaften repartirt. Es ist diese Repartition nach der durchschnittlichen Höhe der einzelnen Massen in den einzelnen Jahren erfolgt. Vorgestern ist sodann vom Reichskanzleramt ein Antrag eingegangen, betr. die Vertheilung eines weiteren Betrages des Antheils des norddeutschen Bundes an der französischen Kriegskonttribution. Bis jetzt sind an die norddeutschen Staaten 125 Millionen Thlr. vertheilt worden. Eine unlängst im Reichskanzleramt angestellte Berechnung hat nun ergeben, daß außer den aufgelaufenen Zinsen noch mindestens 9,840,000 Thlr. vertheilt werden können, es sei denn, daß für den Kasernenbaufonds etwas zurückbehalten wird. — Die Einbringung der Städteordnung im Abgeordnetenhaus ist bisher durch die seit vorigem Jahr durch den Fürsten Bismarck eingeführte Praxis verzögert, wonach vor Ausarbeitung von Gesetzentwürfen der Kaiser ein Programm hierzu genehmigen muß. Letztere Genehmigung ist erst gestern erfolgt; da nun aber diesmal ein bestimmter Entwurf im Ministerium des Innern bereits im Einzelnen ausgearbeitet ist und zwar auf Grund kommissarischer Verhandlungen mit den andern beteiligten Ressorts, so sollte man meinen, die Einbringung des Entwurfs zur Regelung der Kompetenzen der Bezirksräthe steht unmittelbar bevor. Es soll in diesem Entwurf nicht nur die Wirksamkeit der Verwaltungsgerichte eingeschränkt, sondern auch in andern Beziehungen die Kreisordnung revidirt, sowie die Landgemeindeförderung ergänzt werden. Die letzteren Ergänzungen würden es der Regierung ermöglichen, den Erlaß einer einheitlichen neuen Landgemeindeförderung noch weiter hinauszuschieben. Jedenfalls haben nach Vorlage eines solchen Gesetzes auch die liberalen Parteien keine Veranlassung, in Amendements behufs Beseitigung der neuerdings in der Kreisordnung und seit langer Zeit in der Landgemeindeförderung hervorgetretenen Mängel und Uebelstände zuzustimmen zu sein. Daß die liberalen Parteien bei dieser Gelegenheit die sofortige definitive Beseitigung des obersten Verwaltungsgerichtshofes herbeiführen beabsichtigen, wurde schon früher gemeldet. Gegenstand der Erwägung ist außerdem, ob nicht die Mitglieder dieses Gerichtshofes gleich den

Mitgliedern der Oberrechnungskammer von der Wählbarkeit für den Landtag auszuschließen sind. Daß Mitglieder des Gerichtshofes nicht als Regierungskommissarien der Minister fungiren können, erscheint selbstverständlich.

□ Berlin, 15. Februar. Auch die heutige Sitzung des Abgeordneten Hauses nahm nur kurze Zeit in Anspruch. Eine längere Diskussion erregten der Entwurf über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst und die Begeordnungen. Es zeigte sich, daß bei dieser Prüfung schon in der letzten Session unterzogen worden waren. Die Regierung hat sich nämlich nicht veranlaßt gesehen, den damaligen Kommissionsbeschlüssen große Beachtung zu schenken, sondern die Entwurfs wenig verändert wieder vorgelegt. Der Abg. Windthorst (Bielefeld) zog daraus den Schluß, daß es der Regierung mit dem Verwaltungsdienstgesetz wohl nicht rechter Ernst sein möge, was indessen Hr. Camphausen nicht gelten lassen wollte. Die Ausstellungen, welche von anderen Rednern an dem Entwurf gemacht wurden und zum Theil sich widersprachen, bewiesen, daß die Anschauungen über die wichtigste Behandlung der wichtigen Materie noch ziemlich unvermittelt auseinanderlaufen. Der Entwurf wurde schließlich an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen. Zur Begeordnungsfrage sprach zuerst der dem Centrum angehörige Freiherr von Helldorf, Mitglied für Münster-Rosfeld, der auf die Verschiedenheit der in Bezug auf den Wegebau bestehenden Bestimmungen hinwies und die Ansicht äußerte, daß man die Hauptentscheidung über den Wegebau den Provinzen überlassen möge. Von konservativer Seite wurde hervorgehoben, daß die Vorlage von den Beschlüssen der vorjährigen Kommission in wesentlichen Punkten abweiche. Hier war auch der Handelsminister mit der Kommission berathung einverstanden, obgleich er die Ansicht äußerte, daß das neue Gesichtspunkte wohl nicht zum Vorschein kommen würden. Uebrigens hielt er fest daran, daß die Kompetenz in Eisenbahnangelegenheiten, was die Feststellung der Linien betreffe, dem Handelsminister vorbehalten bleiben müsse, dagegen gebühre die Kompetenz auf dem Gebiete des Eigenthumswesens den Verwaltungsgerichten. Der Abg. Witt-Szodanowicz erinnerte an die bekannten Verhältnisse, welche hinsichtlich des Wegebau in der Provinz Posen bestehen. Gegenwärtig ist die Regierung zur Unterhaltung der Landstraßen und Brückenbauten in Posen verpflichtet, durch die Einführung der neuen Begeordnungen jedoch würde die fiskalische Verpflichtung wegfallen, und eine Belastung von etwa 40,000 Thlr. auf die Gemeinden fallen, welche in Folge dessen noch weniger für Schulzwecke und andere kommunale Aufgaben übrig behalten würden. Redner sprach deshalb die Erwartung aus, daß die Kommission die schwer wiegenden Bedenken, welche hier von dieser Seite in Frage kommen, gebührend berücksichtigen werde. In gleichem Sinne sprach sich der Abgeordnete Magdzinski (Posen) aus. Es kommen also außer den allgemeinen Gesichtspunkten auch provinzielle in Frage. Die Kommission an welche der Gesetzentwurf verwiesen wurde, wird aus 28 Mitgliedern bestehen. Zum Schlusse der Sitzung brachte der Abg. v. Denz den Bericht der Eisenbahnuntersuchungskommission zur Sprache, wonach im Hause einige Bewegung verursacht. Präsident v. Bismarck erklärte, daß er den Bericht, der einer früheren Session angehört, nun dann auf die Tagesordnung setzen könne, wenn derselbe aus dem Hause wieder aufgenommen werde. Herr v. Denz kündigte hierauf einen heftigen Antrag an. Im Ansehe der Sitzung war die Lage über die Verwendung der Geldmittel, welche durch die Abtretung der Preussischen Bank an das Reich für die Staatskasse verfügbar werden, in erster und zweiter Lesung ohne Debatte erledigt worden.

Wilhelm Jordan's Rhapsodien.

III.

Am Dienstag hielt Herr Dr. Jordan seinen letzten Vortrag. Das Publikum war ebenso zahlreich als früher erschienen und folgte mit gespannter Aufmerksamkeit der Rhapsodie, die nicht wie die vorhergegangenen dem Hildebrandsepos, sondern den „Nibelungen“ des Dichters entlehnt war. In der That erschien die Fortsetzung des ersten Gedichts, vom Kaiser herab, nicht unbedingt geboten, da die daraus zuletzt vorgetragene Rhapsodie den Kulminationspunkt der Handlung und des Interesses gebracht hatte. So wählte Jordan einen effektvollen Abschnitt aus dem Nibelungenliede. Demselben fehlte der Abschluß, aber er reichte aus, einen Einblick in das grauenvolle Schicksal zu gewähren, das sich an den Angehörigen des „göttlichen Siegfried“ vollzog.

Es waren einzelne Szenen, dem Anschein nach näher aneinander geschoben, als vielleicht in der Buchausgabe des Gedichts. Zuerst eine Szene zwischen Hildebrand, den Dietrich von Bern gesandt, und König Egel. Für den letzteren tritt Jordan energisch ein, er versucht eine Ehrenrettung dieses von den römischen Priestern viel geschmähten Fürsten. Egel berührt mit Hildebrand, nachdem er diesen über Dietrich's verrätherische und treulose Absichten aufgeklärt, wie Kriemhild's Verlangen, den Tod Siegfried's an ihrer Sippe zu rächen, am geeignetsten in's Werk zu setzen sei. Eine Hochzeitsfeier wird veranstaltet, und alle Beliebten, darunter auch der grimmige Hagen, der einst von dem H. Siegfried's den Balmung raubte, erscheinen. In herzoglicher Weise fährt der Dichter beim Mahl des Sohn Egel's und Kriemhild's, den Knaben Dietrich, ein, der wunderbare Ähnlichkeit mit Siegfried hat und die Freude seiner Eltern ist. Da rückt Dankwart herein und meldet, daß die Gäste Egel's gegen alles Recht gemordet werden. Die Fürsten entziehen in Folge dessen dem Saal und ziehen sich in die ihnen zugewiesene Wohnung in der Burg zurück. Kriemhild drängt zum Morde, Egel hält sie noch zurück. Da ereignet sich zur Nacht im Schloßhof eine fürchterliche Szene — und diese giebt den Ausschlag. Kriemhild hat auf Egel's Rath den Nibelungenring abgelegt, um den Gästen ihre friedliche Gesinnung zu zeigen. Dietrich entwendet heimlich den Ring, von dessen Wunderkraft er Kunde hat, und tritt damit in den hellbeleuchteten Hof, wo der grimmige Hagen vor der Wohnung der Gäste Wache hält. Der Knabe hat den gegen die Burgunden, namentlich gegen Hagen, gerichteten Vernichtungssplan seiner Eltern erfahren und erzählt ihn nun, sich mit dem Ringe brüsten, dem Mörder Siegfried's, den er zugleich mit Ausdrücken des Hasses überschüttet. Hagen ergrimmt darüber im Herzen, er lockt den Knaben an sich — und ein zischenbrei Streich trennt dessen Haupt vom Rumpfe, indes oben an den Fenstern Egel und Kriemhild erscheinen. Nunmehr ist das Maß voll, der Tag steigt herauf, und die Rhapsodie endet mit gewaltigem Schwunge auf die nun bevorstehende Vernichtung der Gäste hin.

Auch dieses dichterische Bruchstück enthält große Schönheiten, die Beleuchtung ist oft von frappirender Wirkung. Im Besonderen haften die Szenen im Schloßhof frisch im Gedächtniß des Hörers, der vor der hier zu Tage tretenden poetischen Energie fast erschrickt, aber sich ihrem Banne nicht zu entziehen vermag. — Der Besuch der drei Rhapsodien hat auf's Neue bewiesen, daß unsere Stadt trotz ungünstiger äußerer Verhältnisse idealen Bestrebungen ein sehr erfreuliches Interesse entgegenbringt, und mit dieser Wahrnehmung wird auch Herr Jordan von uns geschieden sein. Derselbe hält, wie wir hören, heut (Mittwoch) einen Vortrag in Gnesen.

Bismarck als Redakteur en chef.

Die „Wiener Wahrheit“ erzählt die folgende Geschichte, die gerade im gegenwärtigen Augenblicke durch die längst erfolgte Ausweisung des Journalisten Dr. Lemjohann aus Wien einerseits, sowie durch die von Bismarck über die offizielle Presse ausgesprochene Ansicht eine gewisse Beachtung verdient.

Es war im deutschen Hauptquartier zu Versailles. Die Eisenkammer der Belagerung hatte den Verleher der meisten französischen Departements mit der Hauptstadt wie untereinander selbst unterbunden, die französische Presse lag gelähmt, des belebenden Hauges jeglicher Freiheit beraubt. Niemand wagte, was sich im Bereiche der nächsten Befehle ereignete, um so viel weniger, auf welche Art die großen politischen und sozialen Vorgänge sich entwickelten. Da versiel ein im deutschen Hauptquartiere akkreditirter Journalist auf einen Gedanken, der der großen Zeitungsnoth eine kleine Abhilfe bringen sollte. Er gründete, selbstverständlich unter Genehmigung der deutschen Heerführer, ein täglich erscheinendes Blatt, welches unter dem Titel: „Le petit Journal de Versailles“ in gedrängter Kürze eine dürftige Lesart der Tagesvorfälle bieten sollte. Mit Grimm im Herzen zwar, doch mit Hies griffen die Bürger nach dem ihnen gebotenen Interimsschritte. Absatz und Gewinn hielten sich die Waage. Beide waren außerordentlich und der Chefredakteur und Herausgeber desselben, Dr. Arthur Lemjohann, hatte alle Ursache, mit dem geschäftlichen Verlaufe seines Unternehmens zufrieden zu sein, da ihm von Seite der deutschen Behörde keinerlei Hindernisse oder Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden. Das nahm eine Zeit lang seinen ruhigen Gang und Herr Lemjohann hatte alle Ursache, sich bereits für das enfant gâté des Hauptquartiers zu halten, bis eines Morgens ein Ordonnanzoffizier an die Thür des Schriftstellers pochte. Der Offizier brachte eine Vorladung des Fürsten Bismarck, die den Schriftsteller in's Hauptquartier berief. Das Vorladungsschreiben diente ihm als passe partout. Alle Posten ließen ihn unbehindert passieren und ohne Zögern wurde er in den Arbeitsaal des Fürsten geführt.

Der Gewaltige saß am Schreibtische in emsiger Arbeit vertieft. Durch einen dem Tische gegenüber angebrachten Spiegel hatte er wohl den Eintretenden bemerkt, doch unterbrach er seinen Augenblick seiner Arbeit. Dr. Lemjohann hatte eine Viertelstunde Mühe, sich die Herrlichkeiten im Arbeitsstuhle des Fürsten zu betrachten. Mit einem Male legte der Fürst die Feder nieder, wandte sich rasch zu dem Heranrenden und klemmte das Monocle in's Auge. Es entspann sich folgendes Zwiegespräch:

„Also Sie sind der Dr. Lemjohann?“

„Ja wohl, Durchlaucht.“

„Wie lange sind Sie Journalist?“

„Fünfzehn Jahre ...“

„Dann kann ich nur bedauern, daß Sie sich in dieser Zeit keinen richtigen journalistischen Blick anzueignen vermochten.“ Und ohne eine Entgegnung des verbitterten Publizisten abzuwarten, entfaltete der Fürst die jüngste Nummer des „Petit Journal“. Sein Finger wies auf einen chauvinistisch gefärbten Siegesbericht über ein zwischen Deutschen und Franzosen stattgehabtes Treffen, welcher dem im Hauptquartier eingelangten „Figaro“ entnommen war. „Sie wollen in unserem Sinne wirken“, fuhr der Fürst mit gerunzeltem Brauen fort, „und verbreiten solche Lügen unter der Bevölkerung?“

„Durchlaucht belichen den Schlußpassus, den reaktionellen Nachtrag zu übersehen ...“

„Ich übersehe nichts. Glauben Sie, daß die Wirkung eines so feindselig geschriebenen Artikels durch die Bemerkung, „daß dieser ein französisches Blatt entnommen, also erlogen sei“, abgeschwächt wird?“

„Ich behaupte, daß Ihre lange journalistische Laufbahn nicht bessere Früchte getragen. Indes haben Sie von heute ab aufgehört, Chefredakteur dieses Blattes zu sein.“

Lemjohann erhob Einsprache. Er sei ja Gründer, Eigentümer und Herausgeber des Blattes, gestatte er sich zu bemerken. Bismarck juckte die Achseln. „Wir Beide sind miteinander zu Ende“, sagte er, die Audienz abbrechend, und Dr. Lemjohann war entlassen.

Schon den folgenden Tag erschien das Blatt unter der verantwortlichen Leitung des gleichfalls im deutschen Hauptquartier anwesenden Journalisten Dr. Goldschmidt. Die ersten drei Nummern des „Petit Journal“ waren erschienen, als am Morgen des vierten Tages ein Ordonnanz-Offizier auch den neuen Redakteur mit einer Bittation zu Bismarck beglückte. Der Fürst erwartete den Journalisten bereits mit dem Blatte in der Hand. „Sagen Sie mir, lieber Doktor“, fuhr er den Eintretenden an, „was denken Sie von unserer Lage. Wollen Sie uns alle Welt auf den Hals laden?“

Der Angesprochene war hoch überrascht über diesen Empfang. „Hier bringen Sie einen Nachdruck über die Kündigungs des pariser Vertrages, der nicht verfehl hat, in London böses Blut zu machen.“

„Aber Durchlaucht, der Artikel ist nach russischen Quellen dem „Nord“ entnommen und in einem Deutschland freundlichen Sinne gehalten.“

„Ach überlassen Sie die Politik mir und meinen Leuten“, fuhr der Fürst sehr übellaunig fort. „Das Rosettiren mit den Russen in einem im Hauptquartiere herausgegebenen Blatte kann nur die besten Anlaß zu Uergerniß geben und hat bereits englische Reklamationen zur Folge gehabt. Uebrigens, was ich sagen wollte, lieber Doktor, fuhr der Fürst im freundlicheren Tone fort, „waren Sie schon einmal in Syrien?“

Der Angesprochene mußte befremdet verneinen.

„Nun, das thut nichts zur Sache. Machen Sie sich reisefertig, und geben Sie chemisch, am besten heute Abend, nach Syrien, und geben Ihnen das Befallungsbekret zum deutschen Generalkonsul bald nachfolgen soll ...“

Dr. Goldschmidt verließ dem Wunsche des Fürsten gemäß noch am selben Tage das Hauptquartier, um seinem Bestimmungsorte zu zuweilen. Dr. Lemjohann folgte dem Beispiele seines Kollegen Goldschmidt, doch ohne vorher vom Fürsten eingeladen worden zu sein, einen offiziellen Posten in irgend einer Stadt einzunehmen, der so angenehm gelegen wäre, wie der Posten eines Generalkonsuls in Syrien. Das „Petit Journal de Versailles“ aber ging ein, um sofort in einem vom Hauptquartier aus direkt und ausschließlich redigirten „Moniteur de Versailles“ von Neuem aufzuleben.

Der Bundesrath hat den Gesetzentwurf wegen Verlängerung des Mandats der Reichstagskommission für die Konkursordnung und den Gesetzentwurf über die Verlegung des Etatsjahres in der vom Reichstag vorgeschlagenen Fassungsanlangenommen.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. T. Kampff ist am 15. Morgens plötzlich am Schlagflüß hier verstorben. T. Kampff, geb. am 28. Januar 1808 in Bielefeld, war seit 1846 Professor der Staatswissenschaften an der Universität Breslau. 1855 Dozent in Göttingen, verließ er 1858 wegen des Umsturzes der hannoverschen Verfassung seine Stellung und begab sich auf eine wissenschaftliche Reise nach Amerika. Von 1858 bis 1866 bekleidete er die Stellung eines Professors der Staatswissenschaften erst am Union College und später am Columbia College in New York. T. gehörte 1848 dem hessischen Parlament, und zwar seinem Verfassungsausschuß an, 1849-51 war er Mitglied der preussischen zweiten Kammer; seit 1855 ist er Mitglied des preussischen Herrenhauses, wo er zur liberalen Minorität gehörte. Im Reichstag war er Mitglied der national-liberalen Fraktion.

Durch Verfügung des Kultusministers vom 12. Februar c. ist, nach der „Germ.“, der Aufhebungsantrag für die hiesigen Urfulminanten, welcher auf den 1. April angelegt war, vorbehaltlich weiterer Bestimmungen aufgehoben worden.

In Bezug auf die Prozeduren und Wallfahrten enthält die „Röln. Ztg.“ nachstehenden wohl officiellen Artikel:

Der am 23. August 1874 über die katholischen kirchlichen Prozeduren, Wallfahrten und Bittgänge ergangene Ministerial-Erlaß hat zu Polizeiverordnungen geführt, welche nicht richtig angewandt und ausgeführt worden sind. So ist es denn vorgekommen, daß ganz allgemein die Wallfahrten gewissen Beschränkungen unterworfen, namentlich die Wallfahrtszüge in geschlossenen Trupps oder größeren Ansammlungen auf die Umgebungen der Kirchen und sonstige Stationen eingeschränkt worden, ohne die Strafbarkeit der Uebertretung davon abhängig zu machen, daß eine Verleumdung wirklich stattgefunden hat. Demgemäß soll es im vorliegenden und ähnlichen Fällen den örtlichen Polizeibehörden überlassen bleiben, mit Hinblick auf den Einzelfall diejenigen Anordnungen zu treffen, welche sie zur Sicherung und Aufrechterhaltung des allgemeinen freien Verkehrs und zur Verhütung und Beseitigung von Ausbreitungen für erforderlich erachten. Derartige Anordnungen entziehen sich auch diejenigen kirchlichen Prozeduren, Wallfahrten und Bittgänge nicht, welche sich innerhalb der Grenzen eines Heimkommens bewegen, obwohl diese nach dem § 10 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 einer vorgängigen Genehmigung der Ortspolizeibehörde und selbst einer Anzeige bei derselben nicht bedürfen. So weit die bezeichneten Aufzüge sich nach Zeit, Ort und Form genau innerhalb der hergebrachten Grenzen bewegen, ist eine Anzeige bei der Ortspolizeibehörde für die letzteren in so fern entbehrlich, als dieselbe über das, was herkömmlich ist, Kenntnis besitzen muß und deshalb auch ohne Anzeige in der Lage ist, die oben erwähnten Anordnungen zu treffen. Sobald aber jene Grenzen überschritten werden, trifft die Teilnehmer der ohne vorgängige polizeiliche Genehmigung veranstalteten Aufzüge, gleichviel ob Störungen und Ausbreitungen vorgekommen, ob spezielle polizeiliche Anordnungen übertreten worden sind oder nicht, die nach § 17 des Vereinsgesetzes verwirkte Strafe.

Von ärztlicher Seite ist bei dem Minister der geistlichen u. s. w. Angelegenheiten Beschwerde darüber geführt worden, daß Apotheker die in Betreff der ersten Anfertigung und der Reiteration der Recepte bestehenden Vorschriften vielfach außer Acht lassen und insonderheit nicht nur Recepte zu Morphium-Injektionen, welche von approbirten Ärzten verordnet sind, ohne Vorwissen und Bewilligung der letzteren reitieren, sondern auch dergleichen Recepte anfertigen, wenn sie nicht von approbirten Medizinalpersonen herrühren. In Anbetracht der verderblichen Folgen, welche aus einem derartigen Verfahren für die heilgeheilten Kranken entstehen können, hat der Minister, wie der „Staats Anz.“ schreibt, die Bezirksregierungen veranlaßt, den Apothekern die ein solches Verfahren verletzenden Bestimmungen im Bereich der revidierten Apotheker-Ordnung vom 11. Oktober 1801, insbesondere die des Titel III. § 2 g. und k., sowie auch der Zirkular-Verfügung vom 8. März 1870 zur strengsten Nachachtung in Erinnerung zu bringen.

Lauenburg, 13. Februar. Die „Lauenburger Zeitung“ veröffentlichte vor einigen Tagen folgenden Auszug aus dem dem hiesigen Landtage vorgelegten Vertragsskizze, betreffend die Einverleibung des Herzogthums Lauenburg in die preussische Monarchie:

I. Das als Landesbesitzthum anerkannte Domainenvermögen. Nach dem 19. 21. Juni 1871. Gesetz vom 7. Dezember 1872, bleibt auch nach der Einverleibung des Herzogthums Lauenburg ausschließliches Eigentum des Landes-Kommunalverbandes in dessen gegenwärtiger Abgrenzung. II. Außer den in dem Gesetz und dem Gesetz bemerkten Fällen übernimmt der Landesverband die Verzinsung und Tilgung der sogenannten Landesschulden, sämtliche Entschädigungen für Verlust gemessener Berechtigungen, laut Gesetz vom 20. April 1874 und für Verzinsung zur Grundsteuer bisher befreiter Grundstücke. III. Die Staatsbudget von 1875 zu diesen Entschädigungen bestimmten 500,000 Mark werden, soweit sie noch nicht verbraucht sind, von Preußen noch gezahlt, um diese Summe voll zu machen; ist der Bedarf größer, so trägt dieses der Landesverband. IV. Der Landesverband trägt sämtliche Kosten für die Grundsteuer, namentlich auch der Vermessungsarbeiten seit dem 1. Januar 1876. Was von preussischer Seite in dieser Hinsicht noch geschuldet wird, hat der Landesverband zu leisten. Ueber noch im Jahre 1875 angefangene, noch nicht vollendete Arbeiten wird ein billiges Abkommen getroffen. V. Grundstücke des früheren Domaineneigentums, die von der Grundsteuer befreit waren, haben es auch für die Zeit, welche § 5 des Gesetzes vom 15. Februar 1875 bestimmt. VI. Der Landesverband hat außer den erwähnten Kosten ohne seine Zustimmung keine zu tragen, von welchen die anderen Kreise der preussischen Monarchie befreit sind. VII. Falls der Landesverband zur Erfüllung der obigen übernommenen Verpflichtungen eine Anleihe nöthig hätte, wird ihm dazu die Bewilligung erteilt. Eine solche kann aber erst geübt werden, wenn die Domainenleihe erledigt ist. VIII. Das gesamte Staatsvermögen des Herzogthums Lauenburg geht in das Eigentum des preussischen Staats über, Grundstücke, Kapitalien oder was für Werthe es auch seien, mit den Lasten und Abgaben, die darauf lasten. IX. Dem Landesverbanden wird, so lange der Staat von seinen Diensten nach § 16 des Gesetzes vom 7. Dezember 1872 noch Gebrauch macht, eine monatliche Vergütung von 100 M. gezahlt. X. Preußen sowohl wie Lauenburg verzichten auf Ansprüche, welche aus Artikel VIII und IX des Friedensvertrages vom 30. Oktober 1864 und Art. 9 des gasstener Vertrages gebildet werden könnten.

Somit fand eine nach Tausenden zählende Versammlung aus der Stadt und Umgegend statt, welche bezüglich des Einverleibungsvertrages nach der „Volksztg.“ nachstehenden Beschluß faßte:

In Anbetracht, daß die Aufhebung der selbständigen Staatsverwaltung eine welthistorische Bedeutung für sämtliche Bewohner des Herzogthums Lauenburg sein und behalten wird; in Anbetracht, daß das Herzogthum noch vor zehn Jahren, wie es sich freiwillig zum Einverleibung in Preußen meldete, in wirklich äußerst blühenden Finanzverhältnissen sich befand, neuerdings jedoch ungeachtet höherer Steuerbelastung in unzureichenden Vermögensverhältnissen sich befinden soll; in Anbetracht, daß die Art der Verwaltung des Landesvermögens seit 1866, sowie die Höhe des Vermögens, der Einkünfte der Steuern und Zölle,

sowie die Schulden nur äußerst wenigen Bewohnern des Herzogthums Lauenburg bekannt geworden ist, beschließt die heutige Versammlung: 1) Protest zu erheben gegen einen etwaigen Beschluß der Ritters- und Landtschaft auf Grund der aufgestellten vorliegenden Einverleibungs-Bedingungen, 2) die zur Zeit bestehende Regierung aufzufordern, durch eine klar gefaßte ausführliche Denkschrift der gesamten Bevölkerung des Herzogthums Rechenschaft über die Verwaltung der letzten 10 Jahre, über Landesvermögen und Schulden, über Einnahmen, Ausgaben, Steuern, zukünftige Gerichtsbarkeit und Ansprüche u. abzugeben; 3) noch vor der Einverleibung, in Stelle der altfeudal-ländlichen Landesvertretung auf eine durch freie Wahl aus dem ganzen Herzogthum hervorgehende Gesamtvertretung hinzuwirken.

Deutsche.

Aus Brünn, 13. Februar, schreibt man: Das hiesige katholisch-patriotische Kasino beschloß in seiner heutigen öffentlichen Versammlung, den gegenwärtig in Ungarisch-Gradiß im Schloße seines Bruders weilenden Kardinal Ledochowski im telegraphischen Wege zu bewillkommen und den Wunsch auszudrücken, es möge ihm bald vergönnt sein, zu seiner verlassenem Heerde zurückzukehren. Wie der Vorsitzende der Versammlung mittheilte, hatten sich zum Empfange des Kardinals in Gradiß ein berittenes Vandalen und die Geistlichkeit dreier Diöcesen eingefunden, doch erlitt die Empfangsfestlichkeit dadurch Eintrag, daß der Kardinal in Folge der Verkehrsstörungen auf den Bahnen sehr verspätet und erst um Mitternacht in Gradiß eintraf.

Lemberg, 14. Februar. Hier hat sich ein Komitee konstituiert, welches für den feierlichen Empfang Kardinal Ledochowski's Vorkehrungen trifft. Das Komitee hat die hiesigen Vereine aufgefordert, an dieser Manifestation ebenfalls Theilzunehmen, um derselben einen nationalen (sic!) Charakter zu verleihen. Die Vorsteher der Vereine lehnten jedoch entschieden jede Theilnahme mit dem Hinweis auf die frühere anti-nationale Wirksamkeit Ledochowski's ab.

In Krakau lassen die Häupter der dortigen Römingspartei eine Adresse an Ledochowski zur Unterschrift zirkuliren. Der „Märtyrer und Glaubensbekenner“ wird darin der Treue gegen ihn und den heil. Stuhl versichert. Es findet sich in der Adresse folgender überschwängliche Passus:

Wer nach dem Stellvertreter Christi den anderen Seelenhirten auf dem Wege mamerinischer (!) Gefängnisse voranschritt, der verdient mit Liebe und mit den höchsten Ehrenbezeugungen von der Stadt empfangen zu werden, welche voll von Erinnerungen an Märtyrer ist und welche man das polnische Rom genannt hat.

Um die Wuth der dortigen Römlinge ermeßen zu können, muß man wissen, daß die Mamerliner mit denen die preussische Regierung verglichen wird, ein Söldner- und Räubervolk im alten Italien waren.

Frankreich.

Paris, 14. Februar. Heute Nachmittag gab, wie der „R. Ztg.“ von hier telegraphirt wird, der spanische Botschafter dem französischen Minister des Auswärtigen Kenntniß von dem die kubanische Frage behandelnden Memorandum, das die spanische Regierung an ihre Vertreter im Auslande versandt hat. In diesem Schriftstücke wird nachzuweisen versucht, daß die in Europa verbreiteten und fast alle aus Quellen, die mit den Aufständischen in Beziehung stehen, kommenden Nachrichten falsch seien und daher auch eine durchaus irrige Beurtheilung der Verhältnisse Kubas vielfach Eingang gefunden habe. Unter den 4- bis 5000 Mann, über welche die Empörung gebiete, befänden sich nur 800 Kubaner; die übrigen seien Neger oder fremde Abenteurer. Jede andere Lösung als die Niederwerfung des Aufstandes durch Spanien würde der Zivilisation und den Interessen, welche die fremden Mächte auf Kuba wahrzunehmen haben, nur zum Schaden gereichen. Die auf eine unfruchtbare und unbewohnte Gegend beschränkte Bewegung habe weder dem Reichthum der Insel, noch ihrem internationalen Handel Abbruch gethan. Dieser Satz wird durch eine Zusammenstellung der Zahlen über Ein- und Ausfuhr, sowie der Einnahme der Insel von 1865 ab erläutert. Auf das Machtverhältniß zwischen den kämpfenden Parteien eingehend, weist das Schriftstück nach, daß ungeachtet des Bürgerkrieges in Spanien die madrid Regierung 25,000 Mann Verstärkung nach Kuba gesandt habe, daß sie dort gegenwärtig über eine Armee von 70,000 Mann regulärer Truppen und 10,000 Freiwilligen verfüge, und daß, wenn der Bürgerkrieg in Spanien erst einmal beendet, sie in der Lage sein werde, der kubanischen Empörung mit Einem Schläge ein Ende zu machen.

Büffet läßt überall die bonapartistischen Kandidaturen vertreiben. In Bourdeaux tritt die Präfektur sogar für die Ex-Bonapartisten Jérôme David, Ernest Dréolle, Coignet, Mischel ein, und der „Figaro“, eines der Organe des Vice-Präsidenten, geht so weit, für die Kandidatur Cassagnac's Partei zu ergreifen. Alles das aus ministerieller Dankbarkeit, weil die bonapartistischen Kandidaten überall zurückgetreten sind wo Büffet seine Kandidatur aufstellt. In Castel Sarasin zog sich der bekannte bonapartistische Diaber Belmontet vor Büffet zurück, jedoch unter der Bedingung, daß das offizielle Blatt seinen Rücktritt von der Kandidatur ankündigte. Bis jetzt brachte das offizielle Blatt aber noch keine Mittheilung dieser Art, und es ist daher möglich, daß Belmontet wieder in den Sätzen erscheint. In Commercy ist laut Privatnachrichten von dort die Wahl Büffets gesichert. — Der gefrizzte Ball auf der deutschen Botschaft war sehr glänzend; Maréchal Mac Mahon, mit dem schwarzen Adlerorden geschmückt, seine Gemahlin, der Herzog von Nemours, der Fürst von Joinville, die Königin Isabella von Spanien und in deren Begleitung die Prinzessin Louise von Bourbon und die Herzogin von Valencia, Nichter von Narbae, das ganze diplomatische Corps mit Ausnahme des Fürsten Orlov, der noch in Trauer, und des Grafen Apponyi, der krank ist, alle Minister mit ihren Frauen, der Gouverneur von Paris, andere hohe Staatsbeamten und die Auswahl der französischen und fremden vornehmen Gesellschaft von Paris waren erschienen. Gegen 1 Uhr begann das Souper, nach welchem der Cotillon getanzt wurde, der bis 3 Uhr währte. Maréchal Mac Mahon und Gemahlin verließen um Mitternacht den Ball, die Königin Isabella und ihr Gefolge blieben bis nach 1 Uhr. Fürst Hohenlohe und Fürstin Hohenlohe entwickelten ihre bekannte große Liebenswürdigkeit, und das Fest war jedenfalls eines der schönsten, die Paris diesen Winter gesehen.

Parlamentarische Nachrichten.

* Nach der Fraktionsliste des Abgeordnetenhauses gehören zu den Nationalliberalen 171, zum Centrum 88, zur Fortschrittspartei

69, zu den Freikonserverativen 34, zu den Neukonserverativen 23, zu den Polen 18, zu den Altkonserverativen 6, zum liberalen Centrum 3; keiner Fraktion beigetreten sind 15 und erledigt sind 5 Mandate. Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt 432.

Konferenz deutscher Industrieller.

Berlin, 15. Februar.

Im kleinen Saale des Norddeutschen Hofes fand heute eine zahlreich besuchte Versammlung deutscher Industrieller statt. Es waren Industrielle aus Nord und Süddeutschland anwesend. Den Vorsitz führte Herr Abg. v. Kardorff. Dieser eröffnete gegen 10 1/2 Uhr Vormittags die Versammlung mit dem Bemerkten, daß die Versammlung einen Zentralverband deutscher Industrieller zur Verbesserung und Wahrung nationaler Arbeit zu konstituiren bezwecke. Es würde sich daher empfehlen: ohne weitere Kautelen zur Verabreichung des betreffenden Statutenentwurfs überzugehen. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlage bei. Nach länger, lebhafter Debatte akzeptirte die Versammlung den § 1 des Statuts in folgender Fassung: § 1. Zweck des Verbandes ist die Wahrung der industriellen und wirtschaftlichen Interessen des Landes u. Beförderung der nationalen Arbeit. Der Zentralverband sucht diesen Zweck durch alle ihm geeigneten erscheinenden Mittel zu erreichen vorzüglich dadurch, daß die vereinzelt bestehenden industriellen Vereinigungen unter sich in Verbindung bringt und denselben als ein durch seine Organisation lästiges Zentral-Organ zur Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen dient. Zur Erreichung dieser Zwecke wird der Zentralverband seine Aufgabe auch darin sehen, den Wünschen und Anträgen seiner Mitglieder in Bezug 1) auf die wirtschaftliche Entwicklung des Reiches beziehungsweise der Einzelstaaten; 2) auf den Abschluß günstiger Handels- und Schiffahrtsverträge; 3) auf die Vervollständigung der Kommunikationsmittel, insonderheit der Kanalbauten, auf die Verbesserung des Betriebes auf denselben und die Vereinfachung und günstigere Gestaltung der Tarife; 4) auf Regelung der Arbeiter-Verhältnisse; 5) auf das Erschließen neuer Energiequellen und Absatzverhältnisse; 6) auf die Unterstüßung und Einführung für gut erachteter neuer Erfindungen; 7) Aufklärung der öffentlichen Meinung über die gemeinsamen Interessen der Produzenten und Konsumenten; 8) Gründung solcher Einrichtungen, welche geeignet erscheinen, die materielle Lage der gesamten deutschen Industrie zu verbessern, nach Kräften gerecht zu werden. § 2 wurde in folgender Fassung akzeptirt: „Der Zentralverband umfaßt Vereine wirtschaftlicher, technischer und kaufmännischer Zweige, Handels- und Gewerksamern und ähnliche Verbindungen. Einzelne Personen, welche in bestehende Vereine nicht aufgenommen werden können, werden in eine allgemeine Gruppe vereinigt. § 3 handelt von der Art und Weise der Mitglieder-Aufnahme. § 4 vom Austritt der Mitglieder aus dem Verande. § 5 befaßt: Vereine u. welche dem Zentralverb. angehören, sind wieder in ihrer Organisation, Wahl des Vorstandes u. beschränkt, nur dürfen die Statuten nichts enthalten, was den Zwecken des Zentralverbandes zuwiderläuft. — § 6. Der Zentralverband hat sein Domizil in Berlin. — § 7. Die Organe des Zentralverbandes sind das Direktorium, der Ausschuß und die Plenarversammlung der Delegirten. — § 8. Das Direktorium, welches seinen Sitz in Berlin hat, besteht aus einem Präsidenten und zwei Stellvertretern derselben und wird auf je 3 Jahre durch die Plenarversammlung der Delegirten gewählt. — § 9. Das Direktorium hat den Zentralverein nach außen zu vertreten und die nöthigen Maßregeln anzuordnen. — § 10. Der Ausschuß besteht aus den Delegirten der dem Zentralverband beigetretenen Vereine. — § 11. Dem Ausschuß können durch einstimmige Kooperation hervorragende Kapazitäten der Volkswirtschaft, des Handels und der Technik beigesetzt werden. — § 12. Die Delegirten für die Repräsentation der Einzelmitglieder werden aus der Zahl derselben jährlich vom Aussch. nach Maßgabe des § 19 ernannt. Alle übrigen Paragraphen sind geschäftlicher Natur.

In das Direktorium wurden gewählt: Abg. v. Kardorff zum Präsid. und die Herren Kommerzienrath Schwarzkopff zum ersten, Baumwollenwaaren-Fabrikant Reimann zum zweiten Vizepräsidenten. Für den bis 1877 provisorischen Aussch. des Verbandes wurden gewählt: die Herren A. Staut (Kirchen), Kommerzienrath Fr. Wolff (Glabach), A. Göge (Chemnitz), Geh. Kommerzienrath S. Daniel (Mühlroth), Karl Baake (Burg), C. Sessel (Berlin), Igl. Kommissionsrath Fr. Kaselowski (Bielefeld), Igl. Kommissionsrath Fr. A. Günther (Berlin), Dr. H. Kunheim (Berlin), Dr. Hübner (Bismdorf b. B.), Louis Kesterlein (Grollwitz), G. Fränkel (Jittau), Kommerzienrath Wesenfeld (Barmen), R. Daelen (Heerdt b. Neuf.), Dr. Brede (Berlin), Fr. Heemann (Berlin), Direktor A. Lohren (Potsdam), Dr. v. d. Wunberg (Berlin), Dir. Fr. Golschmidt (Berlin), A. Brogen (Berlin), Geh. Kommerzienrath W. Merkel (Eberfeld), Meyer Kaufmann (Breslau), Direktor Fr. Hagler (Angerburg), Reichstagsabgeordneter Dr. Weßky (Wiesbaden), Altmeister der Weber- Innung Schmidt (Berlin), Dr. Stoefel (Frankfurt a. M.), Generalsekretär Eud. (Düsseldorf), Geh. Kommerzienrath A. Borfig (Berlin) und Geh. Kommerzienrath Baffor (Aachen). — Zum Organ des Verbandes wurde provisorisch die „Börsen- und Handels-Zeitung“, die von nun an „Industrie- und Handels-Zeitung“ heißen soll gewählt. — Abg. v. Kardorff bemerkte zum Schluß: der Verband sei bereit in vielen Fragen mit den Freihändlern Hand in Hand zu geben. Der Verband verfolge keinerlei politische, sondern lediglich wirtschaftliche Interessen und nur in diesem Sinne werde er bei den politischen Wahlen auftreten.

Lokales und Provinzielles.

Ostern, 16. Februar.

r. Die Nr. 37 des „Dziennik Poznański“ vom 16. Februar d. J. ist wegen einer Korrespondenz aus Neustadt b. P., in welcher über die dort abgehaltene polnisch-katholische Volksversammlung in einer die Anordnungen der Staatsregierung herabsagenden Weise berichtet wird, auf Verfügung des hiesigen Kreisgerichts mit Beschlag belegt worden.

Der „Staatsanzeiger“ Nr. 40 publizirt einen königl. Erlaß vom 12. Januar, worin das neue Statut der Provinzial-Altienbank zu Posen genehmigt wird, welches durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung der Provinzial-Altienbank der Prov. Posen hier am 20. Dezember v. J. festgestellt wurde und an Stelle des bisherigen Gesellschaftsstatuts, genehmigt am 25. Februar 1867 und des Statutnachtrages, genehmigt am 26. Dezember 1873 in Geltung zu treten bestimmt ist. Wir entnehmen aus den Statuten folgende Paragraphen:

- § 2. Der Sitz der Gesellschaft ist zu Posen.
- § 3. Die Dauer der Gesellschaft wird bis zum 16. März 1882 festgesetzt.
- § 9. Alle öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in der „Posener Zeitung“ und in dem zu Berlin erscheinenden „Deutschen Reichs-Anzeiger“. Bei dem Eingehen eines der genannten Blätter hat die nächste Generalversammlung über die Wahl eines anderen Blattes zu beschließen. Bis dahin, daß dies geschehen, genügt die Bekanntmachung durch das übrig bleibende Blatt. Welches Blatt nach dem Beschluß der Generalversammlung in die Stelle des eingegangenen treten soll, ist durch das übrig gebliebene Blatt zu veröffentlichen. Auch abgesehen von dem Eingehen eines Blattes, können Seiten der Generalversammlung andere Geschäftsblätter bestimmt werden, in welchem Falle der betreffende Beschluß durch die bisherigen Geschäftsblätter, soweit dieselben noch zugänglich sind, bekannt zu machen ist.
- § 11. Die Bank hat das Recht, während der Dauer ihres Bestehens unzerstörbare, auf jeden Inhaber lautende Noten bis zum Betrage ihres bereits vor dem 1. Januar 1874 eingezahlten Grundkapitals von 3,000,000 M. auszugeben und in Umlauf zu setzen; sie unterwirft sich den in den §§ 2-11 des Bankgesetzes vom 14. März 1875

festgesetzten Einschränkungen und Verpflichtungen. Die Form, in welcher die Noten ausgestellt werden, unterliegt der Genehmigung der Regierung. Die Noten sind der Stempelsteuer nicht unterworfen. — Anzeigen eines durch Diebstahl oder irgend ein anderes Ereigniß entstandenen Verlustes der ausgegebenen Noten können die Zahlung an den Kassierer niemals aufhalten und sind für die Bank nicht bindend.

den Forderungen unbedingte Haftung und sind für die Bank verbindlich.
§ 34. Die Bücher der Bank werden mit dem 31. December jeden
Jahres abgeschlossen und wird die Bilanz auf diesen Tag von der
Direktion gezogen. Die Bilanz wird vor dem 1. März von dem Auf-
sichtsrath geprüft und festgestellt.

Nach der ordentlichen Generalversammlung muß die Bilanz den Revisionskommissionarien (§ 32) zur Prüfung vorgelegt und diese Prüfung von denselben so zeitig erledigt werden, daß die Bilanz spätestens drei Monate nach dem Schlusse jedes Geschäftsjahres durch die Gesellschaftsblätter veröffentlicht worden ist.

Der Ueberschuß der Aktiva über die Passiva bildet den Reingewinn der Gesellschaft.

§ 35 Die Dividenden sind in Posen an der Kasse der Gesellschaft zahlbar, dieselben können jedoch durch Beschluß des Aufsichtsraths auch an anderen Orten zahlbar gestellt werden.

Die Dividenden werden jährlich am 1. Mai gegen Einlieferung der ausgegebenen Dividendenscheine ausbezahlt.

§ 36. Die Dividenden verfahren zu Gunsten der Gesellschaft nach Ablauf von fünf Jahren, von dem Tage an gerechnet, an welchem dieselben zahlbar gestellt sind.

— **Polnische Landtagsabgeordnete.** Der „Diennil Bozn.“ veröffentlicht eine Korrespondenz aus Berlin, in welcher diejenigen polnischen Landtagsabgeordneten, die sich bisher noch nicht in Berlin eingefunden haben, aufgefordert werden, ihre Ankunft zu beschleunigen, da die Beratung über den Gesetzentwurf, betreffend die Amtssprache, vor der Thüre stehe und hierbei kein polnischer Abgeordneter fehlen dürfe. Von 18 polnischen Abgeordneten sind bis jetzt nur die Herren Leo v. Giarinski (Schlesien), Ignaz v. Pyskowski (Pössa), Theophil Magdziński (Gut Kossau), Błasiński (Gutimur-Groda Wreschen), Probst Dr. Respondek (Frankfurt-Stößen), Stanislaus von Tolarzki (Neustadt-Sarthaus) und Felix v. Wezyl (Adelsau-Schilbera) in Berlin anwesend.

— **Fünf barmherzigen Schwestern** zu Belpin, welche die Hauswirtschaft im Collegium Marianum besorgen, ist nach der „Gaz. Tor.“ von der Regierung zu Danzig eine Ministerialverfügung zugesandt worden, der zu Folge sie am 1. April diese Anstalt verlassen sollen.

1. Der Regierungs-Sekretär Strauß, welcher vor einigen Wochen, wie mitgeteilt wurde, auf dem hiesigen Centralbahnhof in Folge eines Falles das Bein brach, und sich in voriger Woche einer Amputation unterziehen mußte, ist am 15. d. M. nach schweren Leiden gestorben.

△ Erfroren. In der Nacht vom vorigen Sonnabend zum Sonntag wurde ungefähr 100 Schritt vom Wege von Komorowo (Kreis Buk) nach Rassen Garten der über 70 Jahre alte Viehhirte Potvya erfroren gefunden.

7. In der polytechnischen Gesellschaft kamen in den beiden letzten Sitzungen am 5. und 12. d. M. vornehmlich folgende Gegenstände zur Erörterung: Vor zwei Jahren waren in der Gesellschaft Proben mit Cement auf absolute Festigkeit angestellt worden, und zwar in der Weise, daß mit einem kugelförmig gestalteten Apparat, der mit einer Decimalwaage in Verbindung stand, Cementgußstücke von 1 Quadratzoll Durchmesser, die in der hiesigen Krzyzanowski'schen Gußstahlfabrik ca. 4 Wochen zuvor angefertigt waren, zerissen wurden. Diese Zerzeugung wurde durch Belastung der Waage mit 300 bis 530 Pfund, je nach der Bezugsquelle des Cements, herbeigeführt. Bei Cement Gußstücken, welche aus der Mischung von einer Hälfte Cement und einer Hälfte Sand angefertigt waren, trat die Zerzeugung bereits bei einer Belastung mit 150 bis 420 Pfund ein. In der Sitzung am 5. d. M. wurden nun derartige Cementgußstücke, die unterdessen 2 Jahr alt geworden, auf ihre relative Festigkeit geprüft, und zwar in der Weise, daß sie bei einer Länge von 12 Zoll mit einem Boll zu jeder Seite auflagen, und über die Mitte eine Schnur mit einer Waageschale gelegt wurde, welche nun belastet wurde, bis das Cementstück zerbrach. Dieses Zerbrechen trat ein bei Belastungen von ca. 62 bis 67 Pfund, bei denselben Gußstücken, die aus einer Mischung von der Hälfte Cement und Hälfte Sand angefertigt waren, bei Belastungen von ca. 60—62 Pfund. An diese Versuche wurde die Mittheilung geknüpft, daß in der Bauakademie zu Berlin ein besonderes Bureau zu Versuchen in Betreff der Festigkeit von Baumaterialien eingerichtet worden ist, und daß in demselben auch viele Privatinteressenten die von ihnen angefertigten oder zu verwendenden Baumaterialien prüfen lassen. Es ist bereits vielfach der Wunsch ausgesprochen worden, daß auch in Posen eine derartige Station eingerichtet werden möge. — Eine Untersuchung der Dr. Petri'schen Desinfectionsmittel hat ergeben, daß das Desinfectionspulver aus Sand, Mörtel, Steinbohle, Kalks, Traubenhohle und Torfspulver besteht und mit höchstens 2,8 pCt. Steinbohlenfehl vermischt ist. Man kann sich selbst dieses Pulver, welches von Dr. Petri mit 7 M. pro Ctr. verkauft wird, billig herstellen, indem man 60 Theile Torfgras, 40 Theile Steinbohlengras und etwas Sand mit 1 bis 2 Theilen Gasbeer durchmischt. Faulender Harn, mit einem solchen Pulver im Verhältnis von 1 : 2 gemischt, verliert sofort seinen Geruch. Soll das Pulver zur Fabrication von Kalksteinen benutzt werden, so braucht man eine geringere Menge desselben und ergänzt den größeren Theil durch Füllmasse. Das Dr. Petri'sche Desinfectionswasser erwies sich bei der Untersuchung als eine alkalisch reagirende 4½ pCt. Lösung von Chlorcalcium, etwas Salzwassersäure und Magnesia enthaltend, mit einem Zusatz von Nitrobenzol. — Im Betreff der Beschwerden über das hiesige Leuchtgas wurde mitgetheilt, daß ähnliche Beschwerden in allen anderen größeren Städten bei der Direction der hiesigen städtischen Anstalt Anzeigen über angeblich mangelhafte Beschaffenheit des Gases gemacht werden, so werthet, und stets stellt es sich heraus, daß lokale Ursachen (Mangelhaftigkeit der Zuleitung, unrichtige Behandlung der Gasflamme, Unsauberkeit der Brenner oder Verstopfung der Gasröhren durch Röhren des Gasflammen sind. Die Leuchtstrahl des hiesigen Gases wird jede Woche durch Sachverständige mittelst des Photometers geprüft und wurden auf diese Weise in der letzten Woche auf der Wilhelmstraße und in der Gasanstalt eine Leuchtstrahl von über 16, am Ende der Gr. Gerberstraße eine Leuchtstrahl von 14½ Normaltern konstatirt, während ein gutes Leuchtgas nur die Leuchtstrahl von 12 Normaltern zu haben braucht.

— **Polizeibericht.** Verloren: 1 silberne Broche mit kleinen Diamanten. — Gefunden: Ein gläsernes Petschaft, eine

V. But. 14. Februar. [Versammlung des Bauernvereins.] Heut fand wiederum eine Versammlung des Bauernvereins (Kółko włościanskie) im Hotel des Herrn Szodrowski statt. Von den 70 Mitglievern die dieser Verein zählt, waren außer den Gutebsitzern v. Niezolewski aus Niezolewo, v. Komalski aus Wysocha, Säubert aus Großdorf und Kaufmann De. Góski aus But nur ungefähr 20 bäuerliche Mitglieder erschienen. Die Versammlung hatte in ihrer letzten Sitzung beschlossen, am 14. Febr. v. J. als am Jahrestage der Gründung des Vereins eine Waise (1) in der hiesigen katholischen Kirche als Dank für die Entlassung und Weiterentwicklung des Vereins lesen zu lassen, welcher Gott dankt und heute stattgefunden. — Der Vorsitzende des Vereins trug den Rechenschaftsbericht für das alte Jahr vor, demnachst wurde ein aus Vereinsmitteln angeschaffter Pflanz und einige dem Verein geschenkte Wirtschaftsgüter verlost.

V. Auf, 14. Februar. [Polnische katholische Volksversammlung. Unglücksfall.] Gestern Nachmittag wurde in dem Bellach'schen Saale hieselbst eine polnisch-katholische Volksversammlung unter dem Vorsitz des Gutsbesitzer Subert eröffnet.

Es hatten sich ungefähr 300 Theilnehmer aus der hiesigen Stadt und aus den umliegenden Ortschaften eingefunden. Der hiesige Propst Alojewski hob in einer längeren Rede die Noththeile hervor, welche der Gesetzwurf über die Amtsprache für Leute polnischer Zunge nach sich ziehen würde, da die nicht deutsch sprechenden Polen nicht mehr zu Schützen, Schöffen, Schulvorstehern u. gewählt werden könnten. Herr Kaufmann De. örski verlas sodann die polener Petition an den Landtag, welche akzeptirt wurde. In verschiedenen hiesigen Sälen, sowie auch in den der umliegenden Ortschaften liegen die bereits gedruckten Formulare derselben zur Unterschrift für das männliche und weibliche Geschlecht aus und werden dieselben nächster Tage wohl abgehandelt werden. Die Versammlung wurde durch den Herrn Bürgermeister Hanns polnisch überwacht — Vor einigen Tagen ist aus dem hiesigen Bahnhofe ein Arbeiter, der mit der Koppelung der Waggon beschäftigt war, aus Unvorsichtigkeit mit dem Kopf zwischen die Waggonruffer gekommen und derart zerquetscht worden, daß sein Tod kurz darauf erfolgte.

× **Eichenhorst**, 15. Februar. [Messeraffaire.] In dem ½ Meile von hier entfernten Kirchdorfe Bulowitz (Kr. Buh), hat der Bauernsohn W. Rainsdula bei einem am vergangenen Sonntage privatim veranstalteten Tanzvergügen dem Bauernsohn A. Kosa, wie es scheint aus Eifersucht, mit einem scharfen Messer mehrere lebensgefährliche Wunden in der Brust und am Kopfe beigebracht, so daß man am Aufkommen des Verwundeten zweifelt. Der 10 Rainsdula ist auf Veranlassung des dortigen Ortschulzen nach Grätz transportirt, von dort aber wieder entlassen worden.

—o— **Fraustadt, 14. Februar.** [Verurtheilung eines Geistlichen. Abiturientenprüfung.] Der Dekan Robert Beitz aus Bünn war angeklagt, sich einer Uebertretung des § 288 des R. Straf-Ges. B. (trafbarer Eigennutz) dadurch schuldig gemacht zu haben, daß er sein sammtliches Mobiliar, Haus- und Küchengeräth, todtes und lebendes Jageniar, Kleider, ja sogar Betten und Leibwäsche seiner Wirtbin der Wittme Bielefeld verkauft und hierdurch dem königl. Wörfesan-Verwalt. r. Freiherrn v. Massenbach, die Defizite zur Leistung der über ihn verhängten Ordnungsstrafen entzogen hat; am 11. d. M. fand in dieser Angelegenheit vor dem hiesigen 3 Männergericht Termin zur öffentlichen Verhandlung au. Der Angeklagte ist der Aufforderung des Frhrn. v. Massenbach Nach-
umgen resp. Belege seines Defanats einzureichen, nicht nachgekommen, um, wie er angab, sein Gewissen nicht zu besiden und war deshalb mit Ordnungsstrafen im Betrage von dreimal 90 Mark und 300 M. bestraft worden; die ersten wurden im Wege der Exekution durch den königlichen Distrikt-Kommissarius eingetrieben; die letztere einutreten war nicht mehr möglich, da hier auf einmal ein schließender Engel in der Person der oben genannten Frau Wirtbin seine Fittige über das Hab und Gut des bedrängten Seelforgers ausbreitete und einen notariellen Vertrag produirte. — Nachdem jedoch die strafschlichte Ver-
folgung beantragt worden war, zahlte der Dekan auch die letzte Strafe von 300 Mark. Der Angeklagte räumte heute den Inhalt der An-
klage ein, und bestritt nur, durch seine Handlungsweise sich eines Vergehens schuldig gemacht zu haben. Der Gerichtshof er-
achtete das Geständniß für ausreichend und der Staatsanwalt be-
tragte den Angeklagten mit 7 Tagen Gefängniß zu bestrafen. —
Der Angeklagte führte hierauf aus, daß er (er war der erste der seiner Zeit bezüglich des Geheimdelegaten ebdlich geacut hatte) weder mit den Mitgefezten, die er anerkenne, noch in sonstiger Be-
ziehung mit der Regierung bis dahin in Konflikt gerathen sei (was auch richtig ist), daß er jedoch im vorliegenden Falle die Befugniss: des
Freiherrn von Massenbach nicht anerkennen könne, da dies mit dem,
seinem Bischofe geleisteten Eide in Widerspruch stände und würde er
mit Genehmigung desselben gern die Strafen bezahlt haben, doch sei
es ihm unbillig gewesen, denselben darüber zu befragen, da er da-
mals noch verhaftet gewesen sei; es könne ihm wohl übrigens nicht
verargt werden, wenn er zunächst an die Befriedigung seiner wohl-
wollenden Gläubigerin gedacht habe. — Der Gerichtshof trat der An-
sicht des Staatsanwalts bei und verurtheilte den Angeklagten zu 4
Tagen Gefängniß. — Bei der heut unter Vorsitz des Provinzial-
Schulrath Bolte beendeten Abiturientenprüfung an der hiesigen Reals-
schule erhielten sämmtliche 4 Examinanden das Zeugniß der Reife.

Δ Neustadt b. B., 14. Febr. [Eine polnische Volksversammlung] fand gestern Nachmittags im hiesigen Schloß statt. Dieselbe war von circa 300 Personen besucht, welche größtentheils dem Bürger- und dem Bauernstande angehörten. Den Vorsitz führte der hiesige Dekan Herr Hebanowski. Es wurde eine Petition an den Landtag vorgelesen, in welcher gegen den Gesetzesentwurf über die Amtssprache protestiert wurde. Die Petition wurde sofort mit zahlreichen Unterschriften besetzt und gütlich gegenwärtig auf den Dörfern der Umgegend zur Sammlung von Unterschriften. Die Volksversammlung verlief sehr ruhig.

□ Ostrowo, 15. Februar. [Feuer.] Heute früh gegen 6 Uhr brach in der Werkstatt des Tischlermeisters Pataniczek Feuer aus. Die freiwillige Feuerwehr war rasch zur Stelle und ihrem Bemühen gelang es, das Feuers so weit Herr zu werden, daß nur das Wohnhaus des Pataniczek niederbrannte und die angrenzenden Gebäude erhalten wurden. Der bedeutende Vorrath an fertigen Möbeln und die Holzvorräthe holten dem Feuer reichliche Nahrung und ist von den Sochen nur wenig gerettet worden, da das aus Fachwerk und zum Theil ganz aus Holz aufgeführte Gebäude bald in vollen Flammen stand. Leider ist auch ein Menschenleben zu beklagen. Ein Fräulein Lisiecka, die in einer Erkerstube wohnte, konnte nicht gerettet werden und ist verbrannt. Der Schaden soll mehrere Tausend Thaler betragen, und wie man hört, hatte der Besäditze das Haus nur mit einer geringen Summe, das Mobiliar aber gar nicht versichert. Nach Einigen ist das Feuer dadurch entstanden, daß der Sohn des Tischlers Pataniczek von Epilepsie befallen wurde, als er Feuer im Ofen anzünden wollte, worauf sich der Brand in der Stube verbreitet haben soll.

t. **Samst.**, 14. Februar. [Aufgelöste Volksversammlung u. n. g.] Gestern fand in dem Dorfe Wydawy (Kr. Köben) wieder eine, von dem hiesigen katholischen Volksverein einberufene Versammlung statt, welche von ungefähr 300 Personen besucht war. Der Versammlung wohnten bei Prinz Adam Czartorski, Proppst Wolinski aus Dporowo, Kaplan Kosinski aus Kosowowo, Dr. Hejnowicz und Bitar Blümel von hier. Der Präsident des Vereins, Dr. Hejnowicz eröffnete die durch den stellvertretenden Distriktskommissarius Koczwaro aus Sojanowo übermächte Versammlung mit einer Ansprache in welcher er die Tagesordnung angab, den Prinzen Czartorski zum Vorsitzenden ernannte und dem Proppst Wolinski das Wort ertheilte. Nachauslegung des Mandats über die vereinnahmten Vereinskasse, Vortrag des Proppstes Wolinski, sowie Entwerfung einer Petition an die Staatsregierung stehen auf der Tagesordnung. Hieran ergriff das Wort Proppst Wolinski um die durch Geistliche geleitete Schulaufsicht als ein natürliches Recht der Kirche in Anspruch zu nehmen, als ob die Geistlichen früher im Namen der Kirche und nicht vielmehr im Auftrage des Staates die Schulaufsicht geleitet hätten. Der geistliche Redner donnerte dabei gegen die Uebergriffe des Staates und legte seinen Gläubigen dar, daß die Schule i. j. t. gesunken sei. Die Schulen werden von Lehrern geleitet, die oftmals an keinen Glauben und seine Gnadenmittel denken, (besonders wenn die Gnadenmittel in den Annahmen der Geistlichen bestehen). Und immer leibenschastlicher wurde der Diener des Herrn. Unsere Religion, Sprache, Nationalität, rief er aus, werden uns von der feindlichen Regierung gerommen. Alles dieses sei eine Tyrannei. Bis hierher war er mit seiner Rede gekommen, als der Kommissarius Koczwaro die Versammlung aufhob und dieselbe aufforderte, das Lokal sofort zu verlassen, und zwar, wie er der Versammlung mittheilte, wegen der gebrauchten Ausdrücke feindliche Reiterung und Tyrannei. Der Aufforderung wurde Folge geleistet.

Gnesen, 12. Februar. [Polnisch-katholische Volksversammlung. Weiblich von Janiszewski.] Man schreibt der „Germania“ von hier: Unter den zahlreichen katholischen Volksversammlungen in Polen sind wir wohl die in Gnesen am 13. d. abgehaltene eine der bedeutendsten. Herr v. Trzeinski eröffnete dieselbe als Präsident des Komites. Auf seinen Vorschlag ward einstimmig Herr

b. Brück an aus Gnesen zum Vorstehenden gewährt. Als Schriftwahr-
sungigte Dominikar Odechsl. Der erste Redner, Propst Mate-
sprach über das Projekt, die deutsche Sprache als Amtssprache in der
ganzen preussischen Monarchie einzuführen; er wies nach, wie eine
solche Gesetzesvorlage die heiligsten (!) Interessen des polnischen Volkes
verleze. Nicht der Bruch des Wiener Traktats allein, der den Polen
den freien Gebrauch ihrer Sprache garantirt hat, nicht nur die Ver-
sprechungen und Zusagen Friedrich Wilhelms III. und Friedrich Wil-
helms IV. sprächen gegen die Einführung, die Vorlage sei auch dem na-
türlich n, göttlichen und historischen Rechte zuwider. Die Polen hätten
durch Einbürgerung ihrer politischen Unabhängigkeit keineswegs das Recht
auf den Gebrauch ihrer Sprache verloren. Redner verliest und erklärt
unter allgemeiner Zustimmung eine Petition an das Abgeordnetenhaus,
die Vorlage abzulehnen. Es werden zahlreiche Unterschriften noch einige
Tage gesammelt werden. Hierauf wirt Bädermeister Kapalcynski
die Frage auf, woher das Elend im Handwerkerstande fortwährend zu-
nehme. Seminarrepetent Dr. Lukowski sieht den Verfall des Hand-
werkerstandes in der unumschränkten Gewerbefreiheit und glaubt, dem
allgemeinen Uebel könne nur durch folgende Maßnahmen abgeholfen
werden: 1) durch obligatorische Prüfungen der Gesellen und Meister;
2) durch Gründung zahlreicher Gewerbeschulen, und 3) durch Einrich-
tung von Kunstgerichten mit exekutiver Gewalt. Seine dahin gehende
Resolution wird angenommen. Hierauf wird das im „Kurzer“ an
die Diözesanen gerichtete Dankschreiben des Cardinal-Erzbischofs von
Gnesen und Posen, worin Se. Eminenz in rührender (!) Weise für
alle während seiner Gefangennehmung ihm zu Theil gewordenen
Beweise der Zuneigung jedem einzelnen dankt, verlesen und folgende
Resolution mit Jubel angenommen:

„Die katholische Volksversammlung bezieht die aus des Herzogs tiefe kommenden und in dem Schreiben vom 9. Februar ausgedrückten Worte ihres Oberhirten auch auf sich. Wenn auch durch weite Entfernung geschieden, sind wir doch nahe durch die Gefühle kindlicher und unerschütterlicher Treue, denen wir heute in der Hauptstadt der Erzbischöfe und Primaten von Polen öffentlich Ausdruck geben.“

Darauf motivirt Probst Budziasz das Verfahren des Komite's, weshalb dasselbe von der Gründung eines Königl. kath. Volksgereins vorläufig abstehe, und Bädermeister Kapocinski ersucht das Komite, in der Stadtschulfrage eine Versammlung gesehener Bürger zu veranstalten. Das Komite soll sich hiermit in der nächsten Sitzung beschäftigen. — Der im hiesigen Gerichtsbezirk stehende Weihbischof Janziewski hatte letzter Tage vor dem Untersuchungsrichter ein Vorunteruchungsverhör zu bestehen. Er soll während seines Aufenthalts in Berlin im vorigen Sommer in der St. Michaelskirche die h. Messe gelesen und die h. Kommunion ausgetheilt haben.

Aus dem Gerichtssaal.

—h— **Posen, 15 Februar.** Es wurde gerichtet. Am heutigen Tage beschäftigte die Geschworenen die Anklage gegen den Einlieger Joseph Jaraczewski und Stanislaus Sroczyński wegen Ermordung des Lorenz Kijewski aus Stenischewo. Beide sind schon mehrfach bestraft und wird ihnen heute ein Werdur auf Last gelegt. Am 8. September 1875 wurde dicht am Stenischewer See zwischen zwei Anhöhen im Sande begraben ein männlicher Leichnam aufgefunden. Neben der Leiche lag ein Stock und in einer Entfernung von 150 Schritt lagen Lumpen, mit Haaren, Haut und Blut bedeckt, herum, die von Hunden, welche den Leichnam gewittert hatten, herangezerrt waren. Ferner fand man auf dem Stenischewer Dominialfelde auf beiden Seiten der von Bracyn nach Brandburg führenden Straße Blutlachen vor. Die Leiche war bereits stark in Verwesung übergegangen, arg verstimmt und unkenntlich. Die Ehefrau des Lorenz Kijewski zu Stenischewo erkannte indes die rotbe Jacke, mit welcher die Leiche bedeckt war, als Eigentum ihres Mannes, der seit ungefähr 14 Tagen vermisst worden. Ebenso erkannte sie den bei der Leiche aufgefundenen Rod als ihrem Manne gehörig. Die am 12. September 1875 vorgenommene gerichtliche Section ergab, daß ein großer Theil des Schädelknochens abgesprengt und das Hinterhauptbein vielfach zertrümmert war. Außerdem waren noch Stöße aus der ersten, zweiten und dritten Rippe herausgebrochen, der rechte Oberarm aus seiner Verbindung gerissen und ein Unterhakenknochen zerbrochen. Nach dem Gutachten der ärztlichen Sachverständigen war der Tod in Folge der Verletzungen am Schädel eingetreten und diese selbst durch ernsthafte Gewalt verursacht. Der Verdacht, den Kijewski erschlagen zu haben, lenkte sich sofort auf den Einlieger Jaraczewski aus Stenischewo, weil dieser mit der Ehefrau des Erschlagenen in einem sehr intimen Liebesverhältnisse stand. Er hatte früher bei Kijewski in Diensten gestanden und war erst zur Zeit der Ernte vorigen Jahres zu dem Einlieger Sroczyński gezogen, mit dem er sich die Nächte hindurch herumtrieb und Diebstähle ausführte. Das erwähnte Liebesverhältnis zwischen dem Angeklagten Jaraczewski und der Ehefrau des Kijewski war im Dorfe allgemein bekannt und gab Veranlassung zu ehehellen Zwistigkeiten und zu einer beständigen Feindschaft zwischen dem Angeklagten und dem Verstorbenen. In dieser Hinsicht bezeugt der Fischergehilfe Franz Resicki, daß er von dem Verstorbenen habe erzählen hören, daß seine Frau Jaraczewski in einem unerlaubten Verhältnisse stehe. Während der Tagelöhner Wawrzyn Osuch, der eine Zeit lang mit Kijewski in einem Hause wohnte, zu wiederholten Malen wahrgenommen hat, daß der Verstorbene seiner Frau beständige Vorwürfe machte. Der Zeuge hat auch gesehen, wie Jaraczewski einmal im Jahre 1874 eine Senze ergriffen und den Kijewski mit derselben bedroht, indem er ausrief: „Komm her, Hundebut, ich werde dir mit der Senze den Kopf spalten.“ Die Feindschaft zwischen Kijewski und Jaraczewski gedieh somit, daß ersterer sich nicht scheute, den letzteren wegen eines Diebstahls zu denunciiren, welchen sie beide gemeinschaftlich ausgeführt hatten. Der Prospektant Malczewski aus Bracyn, welchem Anfangs April 1875 mehrere Hühner und Enten gestohlen waren, bezeugt, daß Kijewski am Ende desselben Monats mit der Anzeige zu ihm gekommen sei, daß Jaraczewski und Sroczyński den Diebstahl ausgeführt hätten. Gleichzeitig hätte er sich darüber beklagt, daß Jaraczewski mit seiner Frau fleischlichen Umgang treibe. In ganz erbitterter Feindschaft gerieten aber Jaraczewski und Kijewski, als letzterer im August 1875 Zeuge der Untreue seiner Ehefrau wurde. Dieser Umstand wurde auch die nächste Veranlassung zu seiner Ermordung. Der Fischer Franz Resicki bezeugt, daß ihm der Verstorbene von diesem Vorfall erzählte und daß er hinzugefügt hätte, er habe dabei den Jaraczewski mehrere Male mit einem Stöcke versect. Der Zeuge theilt auch mit, auf diesen Vorfall sich beziehende Aeußerung des Jaraczewski, daß er dahin laute: „Ich werde es ihm nicht schenken, es sei denn, daß ich nicht lebe.“ Diese Drohung führte der Angeklagte in der Nacht vom 28. zum 29. August 1875 aus und bediente sich bei der Realisirung seines Mordplanes der Hilfe des zweiten Angeklagten, Sroczyński. Der ungefähr 14 Jahre alte Vincent Kijewski und der damals bei Kijewski schlafende Tagelöhner Walowski bezeugen nämlich beide übereinstimmend, daß Sroczyński in der erwähnten Nacht gegen 12 Uhr in die Wohnung des Kijewski gekommen sei, mit demselben leise gesprochen habe und darauf in seiner Begleitung fortgegangen sei. Auf die Frage seiner Frau, wohin er wolle, habe Kijewski geantwortet: „Was geht es Dich an, ich komme bald zurück.“ Kijewski ist seitdem nicht wieder gekommen. In derselben Nacht haben die Schumacherfrau Bajnowska und der Häusler Gapiński, die von Stenischewo nach Schwierzen gingen, nach Mitternacht auf dem Felde einen Halm gehört und von dem Gegend her, wo später die Blutlachen aufgefunden wurden, eine Stimme rufen hören: „Warte, warte, o Jesus, o!“ darauf sei Alles still gemorden. In derselben Nacht zwischen 3 und 4 Uhr hat auch der Fischer Andreas Rucynski, der sich auf dem Stenischewer See befand, zwei Männer bemerkt, welche von der Wohnung des Sroczyński bestanden, über die Anhöhe, wo die Leiche gefunden worden ist, nach einem in der Nähe gelegenen Erlenwäldchen gingen, worauf aber zurückkehrten und, nachdem sie noch einige Augenblicke an

(Fortsetzung in der Beilage.)

(Fortsetzung in der Beilage.)

An unsere verehrten Mitbürger der Stadt Posen!

Wir laden die verehrten Mitbürger Posens ein, zum **Sonnabend den 19. Februar, Abends 1/8 Uhr**, im großen Saale des Herrn **Lambert** zu einer Besprechung über die Kanalisierung der Stadt Posen zu erscheinen.

Kommt, verehrte Mitbürger, in diese Versammlung in recht reichlicher Zahl.

Es handelt sich hier um keine Politik und keine Religionsache.

Es geht darum, eine entsetzliche Abgabenlast von uns abzuwenden.

Denn würde die Kanalisierung in der jetzt vorgeschlagenen Weise eingeführt, so würde unsere gute Stadt mit neuen Abgaben überbürdet werden, die selbst Kindes Kinder nicht abzahlen könnten.

Es betrifft also lediglich eine Geldsache.

Das Comité.

Im Auftrage:

von Zedtwitz.

Magdeburger

Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Gegen Rückgabe der Dividendenheine pro 1875, welche von denjenigen Herren Actionairen quittiert sein müssen, die am 31. December 1875 in unseren Büchern als Eigentümer der Actie eingetragen sind, kann die für das Jahr 1875 festgestellte Dividende von **M. 183 Dtsch. Rthm.** pro Actie vom **14. Februar c.** ab an unserer Haupt-Kasse, im Gesellschaftshause, Breiteweg Nr. 7 und 8 hier, in Empfang genommen werden.

Magdeburg, den 13. Februar 1876.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Für den Verwaltungsrath
Schrader.

Der General-Director
Friedr. Knoblauch.

Mit der Auszahlung der Dividende pro 1875 für die Provinz Posen bin ich bis ultimo März d. J. beauftragt.

Posen, den 15. Februar 1876.

L. Annuss,

General-Agent

der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Von **Bordeaux** nach **Stettin**

S.-D. Dagmar gegen Mitte März.

Näheres bei

F. W. Hylsted in **Bordeaux.**

Proschwitzky & Hofrichter in **Stettin.**

Die Brauer-Academie zu Worms a. Rh.

beginnt ihr Sommersemester am 1. Mai. — Nähere Auskunft über diese Lehranstalt erteilt gerne

(D 11,515.) Die Direction: **Dr. Schneider.**

Königsberger Bier, Berliner Act.-Bier, Tivoli

empfiehlt in vorzüglicher Qualität in Gebinden u. Flaschen

Friedr. Dieckmann.

Die rühmlichst bekannten **Stollwerck'schen Brust-Bonbons** aus der Fabrik von **Franz Stollwerck**, Hoflieferant, Köln, Hochstraße 9, auf fast allen **Industrie-Ausstellungen** bereits **prämiiert**, sowie auf jüngster **Wiener 1873** durch die **Fortschritts-Medaille** ausgezeichnet, finden nicht minder Seitens der Consumenten die ihnen gebührende, stets wachsende **Anerkennung** als **vorzügliches** Hausmittel gegen Husten, Heiserkeit, Brust- und Halsbeschwerden. **Pr. Paquet a 50 Pfg.** käuflich in den bekannten Niederlagen.

Königsberger Pferde-Lotterie.

Ziehung am 31. Mai 1876.

5 Hauptgewinne, bestehend in fünf kompletten Equipagen, 30 " " " Luxus- u. Gebr.-Pferden, 30 " " " 2- und einpännigen eleganten Geschirren, Sattelzeugen, Reitfädeln etc.

Loose à 3 Rmrl. sind in der Expedition der Posener Zeitung zu haben.

Wiener Märzen-Bier

von **A. Dreher** in **St. Schwefat** empfiehlt in vorzüglicher Qualität in Gebinden und Flaschen

Friedr. Dieckmann.

Hochfeines gelagertes

Braunmalz,

den besten mährischen Malzen gleich, offerirt zu mäßigem Preise die

Gubener Malz-Fabrik.

(Wagenladungsfracht Guben-Posen 43 Pfg. d. Str.)

**Roßklee,
Weißklee,
Thymothee**

und alle andern Grassamen kauft und verkauft

S. Calvary,

Posen,

Markt 100.

5-600

Sauerfirschebäume,

ca. 2 Meter im Schaft hoch,

ca. 0,032 Meter im Durchmesser stark, wünscht zu kaufen

Hartwig Kantorowicz,

Brückerstraße 6.

Zwei gesunde, kräftige Arbeitspferde stehen zum Verkauf bei

S. Rosenberg,

Gr. Gerberstr. 2.

Schleifische Zugochsen

verschiedener Größe und zu annehmbaren Preisen sind wieder in großer Auswahl und unter Garantie bei reeller Bedienung zu haben.

Wilhelm Wuttge,

Biehleferant zu Herrnhut in Schl.

Bahnstation Rawicz.

15 Stück Mastvieh.

— Kernvieh — stehen zum

sofortigen Verkauf auf Dom.

Garby, 1 Ml. von Schroda,

1/4 Ml. von Sulcin, Station

der Posen-Creszbürger Eisenbahn.

Auf dem Dominium Bogdanowo bei Dobornik stehen

3 fette Kühe

zum Verkauf.

Zugochsen,

schleifische Race, verschiedener Größe, sind zu haben bei

Julius Krug,

Herrnhut in Schlesien.

Im Dom. **Goncz** bei Lo-

pienno stehen 9 Stück junge

Mastochsen

zu verkaufen.

Ausverkauf

sämtl. Seidenwaren, Sam-

mete und schwarzwollener

Cachemirs

zu billigen festen Preisen im **Hotel du Nord**, 1 Treppe hoch.

Das Geschäftslokal und Ladeneinrichtung sind daselbst zu vermieten.

Ein neues, wenig gebrauchtes

Harmonium

mit vollem Orgelton, dauerhaft gearbeitet, mit sichtbaren eleganten Blasebälgen, für kleine Gemeinden, Kirchen oder Kapellen sich eignend, ist für 36 Thaler zu verkaufen bei

A. Hilscher,

Uhrmacher in Birke a. B.

Original

Thorner Breitsammaschine

mit und ohne Transportaxe für 1 und 2 Pferde anzuwenden, sowie Pferdeklappmaschinen empfiehlt

E. Dreiwig,

Eisengießerei u. Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen.

Zeichnungen sowie Gebrauchsanweisungen werden auf Wunsch franco und gratis zugesandt.

Kiefernsaamendrillmaschinen

gegen Handarbeit 25% Samen und Arbeitskraftersparnis empfiehlt

E. Dreiwig,

Eisengießerei u. Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen.

Zeichnungen sowie Gebrauchsanweisungen werden auf Wunsch franco und gratis zugesandt.

Eine Wirthschafterin

in allen Zweigen eines ländlichen Haushaltes erfahren und selbstthätig, findet selbständige dauernde Stellung mit hohem Gehalt. Meldungen unter **B. S. 100** postlagernd **Stuttg.**

Druck und Verlag von B. Deder u. Co. (E. Köster) in Posen.

Stets trockenen Fuß behält man durch Anwendung der echt amerikanischen wasserdichten Gaultchouc-Lederstiefel, welche Stiefel, Schuhe, überhaupt alle Lederarbeiten, damit bestreichen, vor jeder Nässe schützt. Eicht in Büchsen a 50 Pf. Bei Mehrabnahme resp. an Wiederverkäufer überallhin guten Rabatt, zu beziehen durch die Fabrik v. **Müller** in Berlin, Andreasstr. 24.

Neu! Neu!

Sicheres Mittel gegen böse u. schwere Träume erth. gegen Einsend. v. 2 M das Postamt Passage, Berlin, unter Chiffre **D. K. 100.**

Durch 25 Jahre erprobt!

Anatherin-

Mundwasser

von **Dr. J. G. Popp, I. I.**

Hof-Zahnarzt in Wien.

Anerkannt und erprobt als bestes, reines und unschädliches

aromatisches Zahn- und Mund-

wasser zur Stärkung, Belebung,

Erfrischung und Reinigung der

Zähne, des Zahnfleisches und Mund-

des. Preis pr. Flasche 1,25, 2

und 3 Mark. — **Anatherin-**

Zahn-Pasta zu 10 bis 20

Egr. — **Begetabil. Zahn-**

pulver zu 10 Egr. — **Plombe**

zum Selbstausfüllen höherer

Zähne 1 Thlr. 15 Egr.

Depots in den meisten Apotheken, in Posen bei Herrn

S. Alexander (H. Kirsten),

St. Martin 11.

Fische! Leb. Hechte, Zander u. Barbe Donnerst. Abd. 4 U. bill. bei **Kletschoff.** Bestell. auf schönste Seefische, Kalben etc. werden pünktlich und billigt effektiert bei **Kletschoff.**

Schönste hochr. f. Himb.-Apfelsinen, Meß. Citr., Prima-Sahnen u. Schweiz. Käse, hochf. Tafelbutter bill. **Kletschoff.**

Butter, frisch,

in Stücken 10 Egr. das Pfd.,

Phaumenmus 2 Egr., Str. 5 Thlr.,

bei **Michaells Kolob,**

Brückerstr. Ecke 91.

Es wird ein

Milchpächter

(Schweizer)

ge sucht zur Abnahme von Milch von ca. 150 Kühen, mit entsprechender Ration. Näheres zu erfahren Dom.

Dzierzica bei Nalla.

Magenkrampf

wird sofort und sicher beseitigt

durch magenstärkenden

Ingwer-Extract

von

Aug. Urban in **Breslau,**

in Flaschen a 20 und 10 Egr.

bei **Ed. Bedert jun.** in Posen.

Ein Wohnng, auch ein großes zweifertiges Zimmer im 1. St. nach vorn gelegen, sind bei mir zu vermieten

Machol, Sandstr. 8

Bergstraße 4

ist die erste Etage, bestehend aus 5

Zimmern, Küche und Zubehör vom 1.

April d. J. zu vermieten.

Ein gut möbirtes Zimmer nebst

Schlafkabinett und Entrée nach vorn

heraus ist zu vermieten **Salzdorf-**

straße 16 in der 2. Etage.

Inguter Geschäftsgegend

wird ein geräumiges Geschäftslokal

mit **Vaden** Privatwohnung und mög-

lichst guten Kellereien zum 1. Juli oder

1. Oktober zu mieten gesucht. Adres-

sen unter **C. R. S.** in der Exped.

d. Btg. abzugeben.

Zwei Zimmer in 1. Etage sind Berg-

straße 8 zu verm.

Gesucht

zum 1. April c. eine Wohn. v. 2 St

u. Küche. Gefl. Off. unter **C. R. S.**

Nr. 10 niederzul. in der Exp. d. B.

Ein möbirtes Zimmer zu vermieten

St. Paulistr. 1. eine Treppe links.

Vager-Keller sofort zu vermieten

Breslauerstr. 9.

Vom 1. April ab wird ein evangel.

tüchtiger, energischer, durch-

Eine Wohnung von zwei Stuben u. Küche wird pr. 1. April gesucht. Offerten unter **J. C.** postlagernd hier erbeten mit Preisangabe.

Dom. **Zurawia** bei Erin sucht sogleich eine **Junger**, die perfekt schneidert und Maschinen-Näharbeit versteht.

Zum 1. April eine **Wirthin**, welche im Kochen, Backen und Einmachen erfahren ist.

Zum 1. April suche ich eine tüchtige, erfahrene Köchin.

Frau v. d. Landen,

Wismarstr. 5.

Detaillisten und Comtoiristen diverser Branchen bis 1000 Thlr Gehalt, landwirthschaftl. Beamte, Rechnungsführer, Schreiber, sowie einige Aufseher und Gärtner f. Fabriken finden gute Engagements. Meld. mit Karte unter **B. 4514** an die Exped. d. Btg.

Einen Lehrling sucht

Zsidor Appel.

Sehr gute Stellen

sind zu bekommen durch

Das Placirungs-Bureau

Anders-Nietrzepkowska,

Wasserstraße 22.

Lehrlings-Gesuch.

Eine Berliner Lederhand-

lung en gros sucht p. sofort

oder später einen Sohn recht-

licher Eltern als Lehrling.

Gef. Offerten sub **L. 42**

an die Exped. dieser Zeitung.

Für mein Colonial- und Eisenge-

schäft suche

einen Lehrling

mit guten Schulkenntnissen zum sofor-

tigen Antritt oder pr. 1. April.

Julius Rothmann's Wwo.,

Wongrowitz.

Ein unverh., ev., polnisch sprechender

Wirthschaftsbeamter, (24 Jahre

alt), sucht gestützt auf gute Zeugnisse

und Empfehlungen per 1. April ander-

weitige Stellung.

Gefällige Off. bitte unter Chiffre

R. B. 200 postlagernd **Podziewie**

zu senden.

Eine tüchtige junge Dame,

welche in Herren- und Damenwäsche,

besonders aber im Oberhemden-Zuschneiden

sehr geübt ist und bis jetzt in einer

Wäsche-Fabrik als Directrice fungirt hat,

sucht ähnliche Stellung. Offerten bitte

postlagernd franco **L. B. 19** Posen zu

senden.

Für einen älteren verh. Inspektor,

der poln. Sprache mächtig, der 15 Jahre

l. mit großer Umsicht, Intelligenz und

Zuverlässigkeit die Bewirtschaftung e.

Nebengutes geleitet hat, welche Stellung

er wegen Todes des Principals aufzu-

geben beabsichtigt, wird zum 1. April

eine ähnl. Stell. gesucht. Referenzen

erteilt

Dom. Broniewicz

bei Amsee.

Ein Buchhalter

sucht in seinen freistunden Beschäfti-

gung gegen ein geringes Honorar.

Adressen unter **R. L. 40** Expedition

dieser Zeitung erbeten.

Den geehrten Herrschaften Posens u.

der Umgegend empfiehlt mehrere Haus-

hälter, Köchinnen, Stuben- u. Kinder-

mädchen von jetzt oder vom 1. April c.

Marten, Wietzstr. 14, Wilhelmplatz

Nr. 6

Familien-Nachrichten.

Am 13. Februar, Vormittags 10 1/2

Uhr, entschlief sanft nach langen, schwe-

ren Leiden im 71. Lebensjahre der Mit-

tergutsbesitzer

Hellmuth v. Lehmann

auf Niesenburg (Kreis Schubin), wel-

ches wir statt jeder besonderen Mel-

dung hiermit ergebenst anzeigen.

Niesenburg bei Gollanitz, den 14.

Februar 1876.

Magdalena v. Kunowski,

geb. v. **Lehmann**, als Tochter,

Waldeemar v. Kunowski,

Hauptmann a. D., als Schwiegersohn,

Hellmuth,

Maria,

Waldeemar,

als Enkel.